Soester Kreisblatt

Soester Zeitung, Tageblatt u. General-Anzeiger, Publikationskraft für die Behörden

Erscheint täglich morgens mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage / Bezugspreis monatlich 2,35 G.-Mark. / Bei zeitweiligem Nichterscheinen infolge höherer Gewalt muß der Bezugspreis voll entrichtet werden. / Geschäftsstelle: Soest, Wiesenstr. 5. / Fernspr. 59. / Postscheck.: Hannover 22 539

früher Wochenblatt mit allein rechtsverbindlicher des Kreises Soest / Gegründet 1819

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeterzeile 8 Pfg., für Auswärtige 10 Pfg. Reklamen 50 Pfg. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kommt bei gerichtlichen Klagen in Fortfall - Für Erfüllung von Platzvorschriften wird keine Gewähr übernommen. - Anzeigenannahme bis 6 Uhr abends

Nr. 260 — Freitag, den 4. November 1932 — 114. Jahrgang

Die Auseinandersetzungen über Reichsreform

Die Reichsregierung gegen öffentliche Debatte

Aussprache Reich-Preußen im Reichsrat streng vertraulich

Im großen Reichsratssitzungssaal trat der Reichsratsausschuß für Verfassungs- und Geschäftsordnungsfragen zusammen. Den Vorsitz übernahm Reichsinnenminister **Freiherr v. Gayl** selbst, der in Begleitung des Staatssekretärs **Dr. Zweigert**, des Ministerialdirektors **Dr. Gottheiner** und anderer Beamter seines Ministeriums erschienen war. Für Preußen waren die Ministerialdirektoren **Brecht** und **Badt** anwesend. Außer den Ländern, die durch ihre Hauptbevollmächtigten vertreten waren, waren auch die preußischen Provinzvertreter vollständig erschienen.

Auf der Tagesordnung stand offiziell die Geschäftslage des Reichsrats. Tatsächlich handelte es sich jedoch um eine Sitzung, die als

Ersatz für eine öffentliche Auseinandersetzung zwischen dem Reich und der preußischen Regierung

zwischen beiden vereinbart worden ist, damit eine vertrauliche Aussprache über die Differenzen stattfinden kann. Ein Antrag auf Einberufung des Ausschusses lag schon seit längerer Zeit von dem Vertreter der Rheinprovinz, Dr. Hamacher, vor. Dieser Antrag wurde sofort mit der Besprechung verbunden.

Die Sitzung war von etwa einstündiger Dauer. Man einigte sich dahin, daß in der nächsten Woche eine neue Sitzung des Verfassungsausschusses stattfinden soll, in der die Verfassungsfragen besprochen werden sollen.

Im Anschluß an die Sitzung fand jedoch eine **interne Besprechung der Hauptbevollmächtigten** der verschiedenen Länder ohne Beteiligung der Reichsregierung über das weitere Verhalten der Länder statt.

Auch die interne Besprechung der Ländervertreter dauerte nur kurze Zeit. Sowohl die Ausschußsitzung als auch diese Konferenz waren **streng vertraulich;** irgendwelche Auskünfte über den Verlauf der Besprechungen waren nicht zu erlangen. Der endgültige Termin für die nächste Ausschußsitzung steht noch nicht fest, es ist lediglich in Aussicht genommen, daß sie Ende nächster Woche stattfinden soll.

Allgemein wird in Kreisen des Reichsrats wie der Reichsregierung erklärt, eine Entscheidung der Verfassungsstreitfragen werde erst erfolgen können, wenn das Ergebnis der Reichstagswahlen des 6. Novembers vorliege. Aus diesem Grunde dürfte auch die nächste Sitzung des Verfassungsausschusses des Reichsrats auf das Ende der nächsten Woche gelegt worden sein. In Kreisen der Reichsregierung erwartet man, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. hört, daß die Mitglieder des Reichsrats selbst die Lage schon wesentlich ruhiger beurteilen werden, wenn am Dienstag der nächsten Woche die Ausschußverhandlungen über die Rundfunkrichtlinien zu allgemeiner Zufriedenheit abgeschlossen sein würden. In der neuen Sitzung des Verfassungsausschusses Ende der nächsten Woche werden im wesentlichen nur die schwebenden Streitfragen behandelt werden können; denn ein Entwurf des Reichsinnenministeriums für die Verfassungsreform dürfte bis dahin noch nicht vorliegen.

Bayern war unterrichtet

Zur jüngsten Erklärung Dr. Helds

Die Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Held vor Vertretern der Presse, die in Blättern vielfach als Sensation bezeichnet wird, wird in den der Reichsregierung nahestehenden Kreisen nicht als solche empfunden.

An maßgebender Stelle wird ausdrücklich betont, daß die Reichsregierung mit der bayerischen Regierung durchaus darin einig ist, daß eine Reichsreform nicht durch Maßnahmen auf Grund des Artikels 48 der Verfassung oder durch Gewaltanwendung erfolgen soll. Wenn Ministerpräsident Dr. Held weiter hervorhebt, daß ihm Reichsinnenminister Freiherr von Gayl zugesichert habe, den Entwurf einer Reichsreform vorher zur Stellungnahme zuzuleiten, so decke sich diese Zusicherung des Reichsinnenministers vollkommen mit den schon vorher wiederholt von der Reichsregierung gemachten Erklärungen gegenüber Bayern. Die Reichsregierung habe diese Zusagen auch völlig innegehalten; denn es seien von der Reichsregierung keinerlei Maßnahmen getroffen worden, durch die die Verfassung angetastet werde, oder die Struktur des Reiches geändert werden solle. Es könne nur immer wieder betont werden, daß alle Maßnahmen des Reiches in Preußen sich durchaus im Rahmen des Leipziger Urteils hielten.

Dr. Held beschwert sich dann weiter, daß er auch über diese Maßnahmen in Preußen nicht unterrichtet worden sei. Demgegenüber wird von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß der bayerische Vertreter in Berlin, Gesandter von Preger, durch den Staatssekretär der Reichskanzlei, Planck, eingehend über die bevorstehenden Maßnahmen in Preußen unterrichtet worden ist. Gesandter von Preger hat dem Reichskanzler ausdrücklich bestätigt, daß er diesen ihm mitgeteilten Standpunkt der Reichsregierung sehr ausführlich nach München weitergemeldet hat.

Wenn Ministerpräsident Held dann am Schluß betont, daß die Möglichkeit einer Verständigung durchaus nicht ausgeschlossen ist, so stimmt ihm die Reichsregierung darin vollkommen zu. Nur ist man in Berlin der Auffassung, daß eine Fortsetzung dieser öffentlichen Auseinandersetzung nicht der geeignete Weg dafür sei.

Neuer Appell Brauns an Hindenburg

Ministerpräsident Braun empfing Vertreter der Presse und gab ihnen eine Darstellung der Verhandlungen des alten preußischen Staatsministeriums mit dem Reichskommissar über die Wiedereinsetzung in das Amt. Er erklärte, daß alle Versuche, zu einer Verständigung zu gelangen, gescheitert seien. Nachdem nun alle Mittel erschöpft seien, sehe er sich gezwungen, sich erneut an den Reichspräsidenten zu wenden. Er werde ihm in einem Briefe offen darlegen, wie sich die Dinge seit dem Empfang beim Reichspräsidenten entwickelt hätten. Dabei werde er auseinandersetzen, daß das, worüber nach seiner Meinung bei dem Empfang eine Verständigung herbeigeführt worden sei, die loyale Durchführung des Urteils des Staatsgerichtshofes durch die Reichsregierung, leider nicht eingetreten sei, daß man im Gegenteil versuche, mit kleinlichen Mitteln die Wiedereinsetzung der alten preußischen Regierung in ihr Amt zu verhindern. Weiter werde er darauf hinweisen, daß der Reichspräsident berufen sei, das Urteil auszuführen. Er werde ihn deshalb bitten, den Reichskommissar anzuhalten, endlich dafür zu sorgen, daß das alte preußische Staatsministerium wieder in sein Amt eingesetzt werde. Zum Schluß werde er noch betonen, daß er alles getan habe, um zu einer Verständigung zu gelangen; um so mehr müsse er es bedauern, wenn er gezwungen sei, sich noch einmal an den Staatsgerichtshof zu wenden.

Zur Begründung des Briefes führte Dr. Braun noch aus, daß sich seine Bemühungen um die Wiedereinsetzung ins Amt nicht nur auf die Räume, sondern auch auf die Verfügung über die Akten und die Beamten erstreckten. Der Reichskommissar wolle, daß die Mitglieder der alten preußischen Staatsregierung Akten und Beamte immer durch den Staatssekretär anfordern; so aber sei die Erfüllung der Aufgaben, die das Leipziger Urteil ihm zuweise, nicht möglich, namentlich dann nicht, wenn es sich um eilige Fälle handele.

Ministerpräsident Dr. Braun fügte noch hinzu: Wenn übrigens erzählt werde, daß er die Absicht habe, mit einem Reichsbannerkommando in die Wilhelmstraße einzuziehen, so verkenne man doch seine ganze Einstellung.

Schließlich nahm auch **Staatsminister Hirtsiefer** noch das Wort, um zu betonen, daß es nach Auffassung des Staatsministeriums wohl möglich sei, die acht preußischen Ministerien in sechs oder vier zusammenzulegen. Das alte Staatsministerium habe aber nicht daran gedacht, das Wohlfahrtsministerium so zu „ressieren", wie es jetzt geschehen sei. Auf die Dauer könnten bei dieser Reorganisation keine Ersparnisse gemacht werden.

Die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtags zur Lage

Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Preußischen Landtags hat sich am Mittwoch und Donnerstag eingehend mit der Lage befaßt, die infolge der Maßnahmen der Reichsregierung nach dem Leipziger Urteil in Preußen entstanden ist.

Wie das VDZ.-Büro erfährt, ist der Vorstand der Zentrumsfraktion mit dem Kabinett Braun der Auffassung, daß die Maßnahmen der Reichsregierung dem Sinn und Buchstaben des Leipziger Urteils, besonders angesichts dessen Begründung, widersprechen und vor allen Dingen mit dem Wunsch des Reichspräsidenten auf eine friedliche Zusammenarbeit nicht zu vereinbaren sind. Der Vorstand der Zentrumsfraktion ist der Ansicht, daß es nun Sache des Preußischen Landtags sei, möglichst bald durch Schaffung einer verfassungsmäßigen Staatsregierung dafür Sorge zu tragen, daß der Reichskommissar für Preußen bald der Vergangenheit angehöre. Der Fraktionsvorstand ist von seinem Standpunkt aus bereit, alle dahingehenden Bestrebungen zu unterstützen.

Der Preußische Landtag wird, einer Vereinbarung im Aeltestenrat vor der letzten Vertagung gemäß, in der Woche vom 14. bis 19. November zu seiner nächsten Tagung zusammentreten.

Der Wirtschaftsausschuß der DNVP. in Bayern gegen Dr. Held

Der Wirtschaftsausschuß der Deutschnationalen Volkspartei in Bayern hat aus Anlaß der scharfen Angriffe, die der bayerische Ministerpräsident Dr. Held in Wahlversammlungen gegen die Reichsregierung richtete, eine Verlautbarung veröffentlicht, in der u. a. gesagt wird, Dr. Held habe die in seinem Amt als bayerischer Ministerpräsident gebotene Sachlichkeit verlassen und als Parteimann den Kampf gegen das Reichskabinett entfesselt, der weder der Einflußnahme Bayerns auf die bevorstehende Reichsreform, noch den wohlverstandenen Interessen der bayerischen Wirtschaft dienlich sei. Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung der begonnenen Aufbauarbeit sei, daß die vom Reichspräsidenten berufene Autoritätsregierung unterstützt werde.

Eine württembergische Stimme

Das Stuttgarter „Neue Tageblatt" schreibt zu einer Sitzung des württembergischen Staatsministeriums u. a.: Von Württemberg aus hat man zu jeder Zeit die Ideen und Pläne einer maßvollen Reichsreform anerkannt. Gewiß gehen wir, wenn solche Pläne allzu forsch betrieben werden sollten, in vielem mit unserem Nachbarland Bayern einig. Aber es entspricht sicher nicht der inneren Haltung unserer Bevölkerung, allzu starke Temperamentausbrüche mitzumachen. Unser Land hat seine Mission in solchen Fällen immer darin gesehen, Besonnenheit zu wahren und die Gegensätze nicht zu verschärfen.

Die Steuergutscheine für Mehrbeschäftigung

Neue Berechnungsgrundlagen

Im Reichsanzeiger wird eine Verordnung zur Aenderung der Durchführungsbestimmungen zur Steuergutscheinverordnung vom 31. Oktober veröffentlicht, welche die Berechnung der Belegschaftszahlen vereinfacht, entstandene Zweifel und Härten beseitigt und die Berechnungsart in Uebereinstimmung mit derjenigen der Tarifauflockerungsverordnung bringt.

Steuergutscheine werden gewährt, wenn im Durchschnitt eines Kalendervierteljahres mehr Arbeitnehmer beschäftigt werden als im Durchschnitt der Monate Juni, Juli, August 1932 oder bei Saisongewerben im Durchschnitt des entsprechenden vorjährigen Kalendervierteljahres. Dieser Durchschnitt wird nach der neuen Fassung des § 19 so berechnet, daß festgestellt wird, wieviel Arbeitsverhältnisse durchschnittlich an jedem Tage bestanden haben. Es kommt also nicht auf die tatsächliche Beschäftigung, sondern auf das Bestehen eines Arbeitsverhältnisses an, so daß Zweifel über die Berücksichtigung der Sonntage, der Feierschichten, der kranken oder beurlaubten Arbeitnehmer nicht mehr entstehen. Krümper werden immer mitgezählt, auch wenn in der Zeit des planmäßigen Aussetzens ihr Arbeitsvertrag nicht fortbestanden hat.

Nach § 22 durften neueingestellte Arbeitnehmer, die mindestens 24, aber nicht 40 Stunden in der Woche beschäftigt werden, nur dann mitgezählt werden, wenn ihre Arbeitszeit der durchschnittlichen Arbeitszeit der Arbeiterschaft oder der Angestelltenschaft entsprach. Nach der neuen Fassung wird nur verlangt, daß die Neueingestellten die gleiche Arbeitszeit haben wie die Gruppe von Arbeitnehmern, der sie nach der Art ihrer Arbeit zugehören. Wenn beispielsweise in einem Textilbetriebe die Spinner und die Weber verschiedene Arbeitszeit haben, so müssen neueingestellte Weber, um mitgezählt zu werden, die Arbeitszeit der Weber, neueingestellte Spinner die Arbeitszeit der Spinner haben.

Zugleich mit dieser Verordnung wird die „Bestimmung der Saison- und Kampagnegewerbe" vom 26. September 1932 in erweiterter Fassung neu erlassen. Die wichtigste Aenderung ist die Aufnahme des gesamten Einzelhandels (mit Ausnahme des Handels mit Drogen und Apothekerwaren) in die Liste der Saisongewerbe. Das ermöglicht, die Sonderbestimmung des § 23 Abs. 2 Satz 2 der Durchführungsbestimmungen zu streichen, wonach Mehrbeschäftigung im Zusammenhang mit Sonderverkäufen oder Saisonschluß- oder Inventurverkäufen oder dem Weihnachtsgeschäft nicht mit anzurechnen ist.

Die Aenderungen entsprechen den Wünschen der beteiligten Wirtschaftskreise.

Weiterbeschäftigung Ausgelernter ist Mehreinstellung

Auf eine Eingabe des Reichskartells des selbständigen Mittelstandes hat der Reichsarbeitsminister, wie der „Lokalanzeiger" berichtet, dem Kartell folgende Entscheidung mitgeteilt:

„Wenn ein Lehrling nach Ablauf seiner Lehrzeit nicht aus einem Unternehmen ausscheidet, sondern als Geselle oder Handlungsgehilfe oder sonst gegen Entgelt im Betriebe weiterbeschäftigt wird, so ist diese Weiterbeschäftigung regelmäßig als Mehrbeschäftigung eines Arbeitnehmers im Sinne der Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft vom 4. September 1932 anzusehen."

Verkehrsstreik in Berlin

Straßen-, U-Bahn und Autobusse liegen still

Das gesamte Personal der Berliner Verkehrsgesellschaft ist Donnerstag früh in den Streik getreten, sodaß ganz unerwartet weder Straßenbahnen noch U-Bahn noch Autobus verkehren.

Einzelne Arbeitswillige versuchten, auf einzelnen Linien den Straßenbahnverkehr in Gang zu bringen; doch mußten sie umkehren, da die Wagen von Streikenden zerstört und die Fensterscheiben durch Steinwürfe zertrümmert wurden. In der Berliner Allee in Weißensee, so berichtet das Wolffbüro, wurde ein ins Depot fahrender Straßenbahnwagen der Linie 60E von etwa acht Nationalsozialisten durch Steinwürfe beschädigt. Zwei den Wagen begleitende Polizeibeamte konnten zwei Täter festnehmen, die dem Polizeipräsidium zugeführt wurden. Vor den einzelnen Straßenbahndepots sind zahlreiche Streikposten aufgestellt.

Tarifrechtlich, so berichtet das Contibüro, handelt es sich um einen

wilden Streik,

da die Dreiviertelmehrheit für den Streik bei der Abstimmung nicht erreicht wurde. Seit dem 30. August herrscht bei der BVG. ein tarifloser Zustand, der dadurch verursacht wurde, daß eine Einigung über die von der Gesellschaft vorgeschlagene Stundenlohnsenkung um 2 Pfennig nicht erzielt werden konnte. Sollten Verhandlungen scheitern, so ist anzunehmen, daß der Reichsarbeitsminister mit einem Schlichtungsverfahren eingreift. Zunächst hängt das aber von der weiteren Entwicklung ab, die um so zweifelhafter ist, als der Streik, von den Gewerkschaften abgelehnt, eine Angelegenheit ausschließlich der Nationalsozialisten und Kommunisten ist, also stark politischen Charakter hat.

Der Schlichter angerufen

Die Verhandlungen zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden Bürgermeister Dr. Elsas, dem Vorstand der BVG. und den Gewerkschaften sind ergebnislos verlaufen. Der Vorstand der BVG. hat daraufhin den Schlichtungsausschuß Berlin angerufen. Die Verhandlungen begannen bereits nachmittags. Die BVG. beantragte wie bisher 2 Pfg. Lohnsenkung pro Stunde, von 4 zu 4 Wochen auf den ersten jeden Kalendermonats kündbar; die Fortsetzung der Verhandlungen über den Manteltarif wird in Aussicht gestellt. Die Gewerkschaften verlangen dagegen Verlängerung des bisherigen Tarifs bis zum 28. Februar 1933 und gleichzeitig auch die Verlängerung des Manteltarifs.

Nationalsozialistische Aufrufe

Die nationalsozialistische Betriebszellenleitung Gau Groß-Berlin hat einen Aufruf herausgegeben, in dem es u. a. heißt:

„Die Urabstimmung des Personals der Berliner Verkehrsgesellschaft hat in einer überwältigenden Mehrheit den Streik gegen den neuen Lohnabbau beschlossen. Der Streik der Bediensteten wird von der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation als wirtschaftlich berechtigt anerkannt. Es muß endlich einmal Schluß gemacht werden mit der ewigen Lohnkürzerei.

Dieser Verkehrsstreik in Berlin dürfte nicht der Schluß, sondern wahrscheinlich die Veranlassung für größere Streikaktionen für die nächste Zeit sein. Der Streik der Arbeitnehmer der BVG. hat seine sittliche und moralische Berechtigung. Eine einheitlich geschlossene wirtschaftliche Front aller bei der BVG. Schaffenden muß gebildet werden! . . ."

Der nationalsozialistische „Angriff" veröffentlicht einen Aufruf. Es heißt darin u. a.:

„Der Ursprung dieses neuen wirtschaftlichen Kampfes von 20 000 Arbeitnehmern der BVG. ist in jahrelanger sozialdemokratischer Korruptionspolitik und in der Notverordnung des Herrn von Papen zu suchen. Auch dieser neue wirtschaftliche Kampf wird die Nationalsozialisten wie immer in vorderster Front für die Rechte der Arbeitnehmerschaft sehen. Daher werden sämtliche Parteigenossen und Sympathisierende sowie alle Betriebszellen aufgefordert, sofort ihre Sympathie mit den Streikenden insofern zu beweisen, daß jeder das an geldlichen Mitteln zur Verfügung stellt, was er trotz Not und Armut noch geben kann. . . ."

Sicherungsmaßnahmen des Polizeipräsidenten zum Schutz der Arbeitswilligen

Wie von zuständiger Stelle erklärt wird, hat der Berliner Polizeipräsident im Auftrage des kommissarischen Innenministers alle Maßnahmen getroffen, die den Schutz des arbeitswilligen Verkehrspersonals in Berlin und die Sicherung der Verkehrseinrichtungen verbürgen.

Ueber 50 Streikposten verhaftet

Die politische Polizei hat im Laufe des Donnerstagnachmittags weit über 50 Streikposten festgenommen. Sie hat sich zu diesem Schritt veranlaßt gesehen, weil nach ihrer Ansicht der Hintergrund für den Streik mehr auf politischem als auf wirtschaftlichem Gebiet zu suchen ist.

Schiedsspruch

Donnerstag abend wurde ein Schiedsspruch gefällt, nach dem der Manteltarif bis zum 31. März 1933 verlängert wird. Das Lohnabkommen wird verlängert mit der Maßgabe, daß ab 1. November bei den Löhnen sämtlicher Gruppen mit Ausnahme der der Fahrkartenausgeberinnen eine Kürzung von 2 Pfg. pro Stunde eintritt. Das Lohnabkommen ist mit monatiger Frist kündbar.

Die Vertreter der Gewerkschaften lehnten den Schiedsspruch ab, während die BVG.-Vertreter die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches beantragten.

Alle politischen Versammlungen vom 6. bis 19. November verboten

Der Reichspräsident hat durch eine auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung erlassene Verordnung ein mit dem Wahltage in Kraft tretendes Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen, also auch solcher in geschlossenen Räumen, erlassen, das zu dem in Kraft bleibenden Demonstrationsverbot hinzutritt. Das Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen ist auf die Tage vom 6. bis 19. November 1932 befristet.

Zweck dieses Verbotes ist es, daß nach Abschluß des Wahlkampfes eine Entspannung der durch ihn hervorgerufenen starken politischen Erregung eintritt, und daß den Polizeibeamten, an deren Dienst die letzten Wochen erhöhte Ansprüche gestellt haben, eine Ruhe- und Erholungspause gegönnt wird.

Agrarfragen

vor dem Reichskabinett

Die Reichsregierung befaßte sich in einer Kabinettssitzung am 2. und 3. November mit Agrarfragen. Sie ist der Auffassung, daß ein Abgleiten der Getreidepreise verhindert werden muß. Für die Landwirtschaft tragbare Getreidepreise sind nicht nur im Hinblick auf die gesamte wirtschaftliche Bedeutung und die Notwendigkeit der Erhaltung des Getreidebaues erforderlich, sondern auch um einen Zusammenbruch der Osthilfeaktion, die Gefährdung der bisher für den Osten aufgewendeten Mittel und die dadurch bedingten unübersehbaren Folgen für alle Wirtschaftszweige des ganzen Reichsgebietes zu verhindern. Die Reichsregierung hat daher die hierzu erforderlichen Maßnahmen beschlossen.

Die Reichsregierung hält es für ebenso dringlich, andere ebenso gefährdete Zweige der deutschen Landwirtschaft zu schützen, um das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen landwirtschaftlichen Produktionszweigen zu erhalten und eine ungesunde Ausweitung einzelner Zweige auf Kosten anderer zu vermeiden. Sie hat demgemäß der Kontingentierung der Buttereinfuhr auf Grund der mit mehreren Ländern getroffenen Abreden ihre Zustimmung erteilt. Sie hat ferner den Bericht der Kommission entgegengenommen, die in Brüssel, im Haag, in Rom, Paris und Kopenhagen über die Kontingentierung weiterer land- und forstwirtschaftlicher und gärtnerischer Erzeugnisse, insbesondere der bäuerlichen Veredelungswirtschaft, verhandelt hat. Die Reichsregierung veranlaßte, daß das besonders reichhaltige Material, das diese Verhandlungen ergeben haben, unverzüglich gesichtet und bearbeitet wird. Nach Abschluß dieser Arbeit wird sie ihre Entscheidung im einzelnen treffen.

Wahlaufrufe

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands

veröffentlicht einen Wahlaufruf, der erklärt, es wäre „eine Versündigung an den wahren Interessen des Volkes, Parteien, die den gegenwärtigen volksfeindlichen Kurs stützen", die Stimme zu geben. Der Aufruf fährt dann fort: Wir wollen eine Sozialpolitik, die die Menschenwürde der Arbeiterschaft achtet und nicht auf „Wohltaten statt Rechte" hinausläuft. Wir wollen eine Politik, die die Staatsbürgerrechte des Volkes sicherstellt und keine Klassenherrschaft begründet.

Der deutschnationale Parteiführer Dr. Hugenberg

erläßt einen Aufruf, in dem es heißt: Parteienstaat oder unabhängige Staatsführung, das ist die Frage, der die Entscheidung des 6. November gilt. Im Reiche haben wir eine von den Parteien unabhängige Regierung. In Preußen sind die schwarz-roten Machthaber aus ihren Machtstellungen entfernt. Wollen wir zurückfallen in die Zeit der Herrschaft der Roten und der Schwarzen oder wollen wir deren Parteiregiment durch ein anderes Parteiregiment ersetzen? Wer beides nicht will, wer einen neuen auf dem nationalen Gedanken aufgebauten, aber vom Sozialismus freien Staat will, wer eine unabhängige und starke Staatsführung für die Voraussetzung eines neuen und glücklichen Deutschland ansieht, der kann nur die Deutschnationale Volkspartei wählen.

Amtsenthebungen durch sozialistische Behörden

Die Vorgänge in Eutin

Zu der Amtsenthebung des Eutiner Bürgermeisters Dr. Stoffregen durch den nationalsozialistischen Regierungspräsidenten Dr. Boehmcker erfährt das „Hamburger Fremdenblatt", daß der Regierungspräsident Einblick in gewisse Ermittlungsarbeiten in den Bombenlegeraffären hatte haben wollen. Dr. Stoffregen habe aber jede Auskunft abgelehnt mit dem Hinweis darauf, daß er durch die Staatsanwaltschaft in Lübeck zur Geheimhaltung verpflichtet sei.

Bevorstehende Zurdispositionsstellung des Bürgermeisters von Oldenburg?

In einer Sitzung des oldenburgischen Stadtrates wurde ein nationalsozialistischer Antrag, den Oberbürgermeister zur Disposition zu stellen und den Magistrat zu beauftragen, die Stellungnahme des Staatsministeriums zu diesem Antrage herbeizuführen, mit 25 gegen 16 Stimmen angenommen.

In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß die nationalsozialistische Regierung diesem Antrage der nationalsozialistischen Stadtratsfraktion entsprechen und demnächst einen Nationalsozialisten als Oberbürgermeister in Oldenburg einsetzen wird.

Einigung im rumänischen Königshause

Prinzessin Helene hat Bukarest verlassen, um sich wieder nach Westeuropa zu begeben. Von maßgebender Stelle wird erklärt, daß durch eine gütliche Einigung während des Bukarester Aufenthalts der Prinzessin alle Mißverständnisse der Vergangenheit und alle Möglichkeiten künftiger Mißverständnisse beseitigt worden seien.

Freispruch des „Niobe"-Kommandanten

Der Untergang Folge höherer Gewalt

In der Marineschule Kiel-Wik begann vor dem Marinekriegsgericht die Verhandlung über den Untergang des Marinesegelschulschiffes „Niobe" am 26. Juli d. J., bei dem 69 Angehörige der Reichsmarine den Seemannstod gefunden haben.

Das Gericht

Vorsitzender in diesem Prozeß, für den zwei Tage vorgesehen sind, ist Marinekriegsgerichtsrat Schuck. Als militärische Beisitzer fungieren die Kapitänleutnants Berger und Bramesfeld. Die Anklage wird von Marinekriegsgerichtsrat Becker vertreten. Die Verteidigung liegt in den Händen des Kieler Rechtsanwalts Rathje, dem Kapitänleutnant Rogge zur Seite steht.

Die Anklage

richtet sich gegen den Kommandanten der „Niobe",

Kapitänleutnant Ruhfuß.



Sie stützt sich auf § 326 St. G. B. Dieser Paragraph handelt von der fahrlässigen Herbeiführung des Sinkens eines Schiffes. In der Anklageschrift werden die Umstände geschildert, unter denen das Unglück eintrat. Bei dem Ausmaß der Katastrophe, so heißt es in der Anklage, ist die Mutmaßung gerechtfertigt, daß das Unglück hätte vermieden werden können.

Zu der Verhandlung sind

20 Zeugen

geladen, unter ihnen 13 frühere Angehörige der „Niobe" mit dem Wachoffizier, Oberleutnant Lott, an der Spitze, die bei dem Untergang gerettet werden konnten. Zu der Verhandlung haben sich zahlreiche Pressevertreter eingefunden.

Zunächst wurden die

Personalien des Angeklagten

verlesen. Aus einem Führungszeugnis des Inspekteur des Bildungswesens der Marine, Konteradmiral Schultze, ist hervorzuheben, daß Kapitänleutnant Ruhfuß als Offizier wie als Kommandant der „Niobe" eine hervorragende Dienstauffassung gezeigt habe. Seine Leistungen seien ausgezeichnet gewesen, so daß sie ihn als geeignet erscheinen ließen, unter vielen zum Führer des Schiffes ausgewählt zu werden.

Kapitänleutnant Ruhfuß erklärte:

Als Kommandant trage er für alles, was auf dem Schiffe geschehen sei, die volle Verantwortung. Er gab dann eine ausführliche Darstellung von dem Unglück. Zum Schluß seiner Aussage erklärte er: „Ich fühle mich nicht schuldig. Ich habe nach bestem Wissen und Gewissen alle Maßnahmen getroffen, die mir als altem Segler bei Gefahr nötig erschienen. Ich hatte keinen Grund, mehr Segel zu werfen, da ich nach meinen Erfahrungen hinter der aufkommenden Gewitterbö nicht soviel erwarten konnte, als tatsächlich dahintersteckte.

Es wird dann die Frage erörtert, wie viel Zeit verstrichen sei von dem Einfallen der Bö und dem Augenblick, wo das Schiff als verloren anzusehen war. Kapitänleutnant Ruhfuß meinte, daß es sich um Bruchteile von Sekunden gehandelt habe.

Auf eine weitere Frage des Vorsitzenden gab Kapitänleutnant Ruhfuß an, daß Ballungen und Schotten zum Teil geschlossen, zum Teil aber geöffnet gewesen seien. Es habe kein Grund vorgelegen, das Schiff in allen seinen Teilen abzuschließen.

Es wird dann in

die Zeugenvernehmung

eingetreten. **Oberbootsmann Kuehn,** einer der Ueberlebenden der „Niobe", bestätigt, daß die Bö ganz überraschend gekommen sei. Er habe ähnliches noch nicht erlebt. Kapitänleutnant Ruhfuß sei ein sehr vorsichtiger Seemann. Das Schiff selbst sei wohl seefest gewesen; aber es habe sich leicht auf die Seite gelegt.

Oberleutnant zur See Lott war Wachoffizier auf der „Niobe". Er hat gleich Kuehn den Eindruck, daß es bei der herrschenden Wetterlage nicht unbedingt notwendig gewesen wäre, die Obersegel zu bergen.

Auch die übrigen als Zeugen vernommenen Ueberlebenden der „Niobe" bestätigten das plötzliche Auftreten der Bö, die mit ungeheurer Wucht eingefallen sei, deren Gefährlichkeit aber vorher nicht zu erkennen gewesen sei.

Kapitän Thomson, Führer des Feuerschiffs Fehrmarn Bell, erklärte, die aufkommende Bö habe nicht sehr gefährlich ausgesehen. Die Fortnahme der Obersegel bei der „Niobe" scheine ihm jedoch der Wetterlage angemessen gewesen zu sein.

Korvettenkapitän Kümpel, der frühere Kommandant der „Niobe", betonte, Kapitänleutnant Ruhfuß habe von Anfang an guten seemännischen Sinn und Verständnis gezeigt. Er habe die Ueberzeugung gehabt, daß Ruhfuß jeglicher Lage gewachsen sei. Zur „Niobe" selbst habe der Zeuge volles Vertrauen gehabt.

Die Verhandlung, der auch der Flottenchef, **Vizeadmiral Gladisch,** und als Beobachter des Chefs der Marineleitung **Konteradmiral Saalwächter** beiwohnten, wurde sodann durch die Mittagspause unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird die Beweisaufnahme mit der Vernehmung des **Bürgermeisters Lafrenz** von Burg auf Fehmarn, der einer der ersten Kommandanten der „Niobe" war, geschlossen. Der Zeuge hat mit dem Schiff die besten Erfahrungen gemacht.

Nunmehr kommen die Gutachter zu Wort.

Konteradmiral a. D. von Karpf bezeichnet die Wetterlage am Unglückstage als ganz außergewöhnlich. Der Kommandant sei gar nicht in der Lage gewesen, die Bö anders zu beurteilen als es geschehen sei. Nach allen Zeugenaussagen scheint die Gewitterwolke sorgfältig beobachtet worden zu sein. Aber man habe nicht daran denken können, daß sie in die Nähe kommen würde. Es habe sich um eine Bö gehandelt, wie sie in unseren Breiten nur sehr selten vorkomme. Der Sachverständige steht auf dem Standpunkt, daß das Unglück auf höhere Gewalt zurückzuführen ist. Der Untergang der „Niobe" sei aber auch durch den Wassereinbruch hervorgerufen worden. Die vom Kommandanten im Augenblick des Kenterns abgegebenen Kommandos seien zweckentsprechend gewesen.

Universitätsprofessor Dr. Defant, Berlin, erklärt, die „Niobe" sei einer charakteristischen Sturmbö zum Opfer gefallen. Trotzdem das Herannahen der Bö beobachtet worden sei, sei eine Voraussbestimmung der in ihr herrschenden Windstärke nicht möglich gewesen. Nach Ansicht des Sachverständigen habe es sich nur um eine Bö gehandelt, die in einem schweren Stoß das Schiff zum Kentern brachte. Die in dieser Bö erreichte Windstärke dürfte etwa 11 betragen haben. Für das Kentern der „Niobe" sei als Ursache der unerwarteten Auslösung der Bö die vertikale Komponente der Luftbewegung verantwortlich.

Kapitän Petersen von der Hamburger Reederei Laeiß sagt, die Segelführung zur Zeit des Unglücks sei so gewesen, wie es bei allen anderen Segelschiffen auch der Fall gewesen wäre. Beim Herannahen der Bö sei das Schiff bereits so weit übergelegen, daß nichts mehr zu machen war. Auch dieser Sachverständige nimmt höhere Gewalt als Ursache des Unglücks an.

Fregattenkapitän Mevis von der Bildungsinspektion der Marine erklärt, daß man die Frage, ob vom Kommandanten die nötigen Maßnahmen ergriffen worden seien, ebenfalls bejahen kann. Auch dieser Sachverständige führt den Untergang auf ein Naturereignis zurück.

Zum Schluß erklärt **Geheimer Regierungsrat Schütte,** Berlin, daß nach seiner Ansicht das Schiff bereits gekentert war, als der Wassereinbruch erfolgte.

Die Verhandlung endete mit dem Freispruch des Kapitänleutnants Ruhfuß.

Nr. 260 Zweites Blatt **Soester Kreisblatt** Freitag, den 4. November 1932

Aus der Stadt

Arbeitseinstellungen in Soest

Erfreuliche Wirtschaftsmeldung.

Wie wir hören, hat die hiesige Schuhfabrik, die schon seit Frühjahr dieses Jahres voll beschäftigt war, und teilweise sogar mit Ueberstunden gearbeitet hatte, durch Neuanschaffung von Maschinen ihren Betrieb erweitern können. Seit Inkrafttreten der letzten Notverordnung wurden 25 neue Arbeitnehmer eingestellt, ohne daß die Arbeitszeit gekürzt wurde. Das Werk beschäftigt zur Zeit mit Angestellten 127 Personen.

Sonntagsfahrkarten für die Soester Kirmes.

Vom 9. bis 13. November 1932 findet in Soest der Allerheiligenmarkt statt. Aus diesem Anlaß geben alle Bahnhöfe im Umkreis von 60 Klm. um Soest Sonntagsrückfahrkarten nach Soest mit folgender Geltungsdauer aus:

a) am Donnerstag, 10. November und Freitag, 11. November, je von null Uhr bis 12 Uhr am folgenden Tag — spätester Antritt der Rückfahrt,

b) vom Sonnabend, 12. November, null Uhr bis Montag, 14. November, 12 Uhr — spätester Antritt der Rückfahrt.

Bleibt die Walzwerkshalle an Ort und Stelle?

Mit dem früheren Besitzer der Walzwerkshalle, dem der Grund und Boden heute noch gehört, verhandelt die Stadtverwaltung zur Zeit über den Ankauf des Grundstücks. Die Stadtverwaltung trägt sich demnach mit dem Gedanken, die Halle nicht abzubrechen, sondern auf dem jetzigen Gelände stehen zu lassen. Es würden dann allerdings große Kosten erspart, anderseits wurde bei dem Kauf aber auch besonders darauf hingewiesen, daß durch den Abbruch und die Neuaufstellung vielen Arbeitslosen Arbeit und Verdienst gegeben würde. Unter besonderer Betonung dieses Gesichtspunktes stimmten einige Stadtverordnete dem Kauf zu. Ueber den Ankauf überhaupt gingen und gehen heute noch die Ansichten der Bürgerschaft weit auseinander. Unseres Erachtens dürfte eine gewisse Beruhigung eintreten, wenn die Stadtverwaltung ihre Pläne über die Verwendungsabsichten der Halle bekanntgeben würde.

„Nina" — ausverkauft! Und ein Erfolg!

Das Landestheater des Bühnenvolksbundes (Mitteldeutsche und Westdeutsche Bühne) gab gestern abend in der „Lichtburg" die erste Saisonvorstellung. Gespielt wurde vor einem ausverkauften Hause Bruno Franks Komödie „Nina". Das Ensemble der Bühne, das uns im vorigen Jahre insbesondere mit den Schauspielerinnen nicht begeistern konnte, ist in neuer Besetzung erschienen und enttäuschte äußerst angenehm. Die Aufführung hinterließ einen guten Eindruck. Die Darsteller holten aus den Rollen heraus, was aus Franks Werken zu nehmen ist. Das Publikum applaudierte herzlich. Eine prächtige Leistung vollbrachte Kay Bolten in ihrer Doppelrolle. Ernst Hummel schaffte vorzügliche Bühnenbilder. Ausführlicher Bericht folgt morgen.

Filme der „Lichtburg"

Der Tonfilm **„Teilnehmer antwortet nicht"**, ist ein spannungsreicher heiterer Kriminalfilm, der bei seinem Angriff auf die Herzen des Publikums alle Momente ins Feld führt, die erprobter Weise den Erfolg verbürgen. Spannungen und Ueberraschungen, Tempo und Witz, gute Schauspieler und gute Regie geben diesem Film, der eine nicht alltägliche Kriminalgeschichte schildert, jene Note, die das Publikum gern sieht. Er handelt sich dabei um die Aufklärung geheimnisvoller Tresoreinbrüche, die einen anständigen Menschen in Verdacht bringen, ihn aber schließlich zum happy end mit Dorothea Wiek vereinigen. Die Regie weiß geschickt in Spannung zu halten und läßt die Schauspieler, bei denen wir nur gute Namen hören, ausspielen. Eine gute Leistung zeigt Truus von Alten. Dorothea Wiek, die in dem großen Film: „Mädchen in Uniform" eines der erschütterndsten Filmerlebnisse gestaltete und sich damit in die vorderste Reihe unserer Filmdarstellerinnen stellte, spielt die Hauptrolle. Gustav Grüngens, der ausgezeichnete Charakterdarsteller, findet eine dankbare Rolle. — Für abwechselungsreichen Humor sorgt der Max Adalbert-Tonfilm: **„Hurra, ein Junge"**, in dem berühmte Lustspielkanonen mitwirken, wir: Ralph A. Roberts, Fritz Schulz, Ida Wüst, Georg Alexander und Lucie Englisch. Ein Lachschlager nach dem fast auf allen Bühnen des Reiches bewährten Schwank von Arnold und Bach. — Die „Ufa"-Tonwoche bringt neben dem herrlichen Kulturfilm „Lied und Tanz am Inn" mit Original-Musikaufnahmen aus dem Inntaler Land die neuen Weltbilder-Berichte. Das Programm wird diesmal nur bis einschließlich Montag gezeigt, da ab Dienstag wegen der Kirmes-Woche ein anderer lustiger Spielplan gezeigt wird.

)!(**40jähriges Dienstjubiläum! Herr Stadtbüroinspektor Heinrich Pistler,** Leiter des städtischen Steuerbüros, konnte am 1. ds. Mts. auf eine 40jährige Tätigkeit bei der Stadtverwaltung Soest zurückblicken. Dem allseitig beliebten und geachteten Beamten auch nachträglich unsere herzlichsten Glückwünsche!

)!(**Bestandene Prüfung.** Herr Herbert von Küstenfeld, hierselbst, welcher bisher bei Herrn Friseur-Obermeister W. Steffens, Ulricherstraße tätig war, bestand vor der hiesigen Prüfungskommission seine Gehilfenprüfung mit dem Prädikat „Gut." Auch wir gratulieren!

)!(**Urteilsverkündung.** Der Kraftwagenführer Sch. von hier, der bei dem Autounfall des Feuerwehrautos, über den wir in der vorigen Woche berichteten, das Auto lenkte, wurde zu einer Geldstrafe zu 30,— Mark verurteilt. Das Gericht erblickte eine Fahrlässigkeit darin, daß Sch. den Wagen nicht zum Halten gebracht habe, als er aus dem geschlossenen Schützenzuge herausgetretene Personen bemerkt habe. Die Berufungsinstanz wird sich mit dem mysteriösen Unfall noch einmal zu befassen haben.

:-: **Aus der Versammlung des Vereins Heimatpflege** ist noch nachzutragen, daß Herr Pastor Clarenbach von der Westfälischen Tagung des Heimatbundes in Hamm berichtete und darauf hinwies, daß die auf dieser Tagung gehaltenen interessanten Vorträge demnächst in der „Heimat" veröffentlicht werden. In Münster hat der Westfälische Heimatbund eine Firma damit beauftragt, geschmackvolle Wandteller mit westfälischen Sprüchen, insbesondere auch in plattdeutscher Mundart, herzustellen. — An literarischen Eingängen erwähnte der Vorsitzende u. a. die Herausgabe des Soester Heimatkalenders und Artikel in der Soester Presse. — Rückblickend erwähnte der Vorsitzende den erfolgreichen Vortragsabend „Danzig, seine Geschichte und Kunst", gedachte des geschiedenen Beigeordneten Dr. Hackenberg, der sich im Sinne der Heimatpflege besondere Verdienste für die Schaffung der Gemäldegalerie im Rathaus und auf den verschiedensten Gebieten des Verkehrsausschusses geschaffen habe. — Begrüßt wird vom Verein Heimatpflege die Ertüchtigung des freiwilligen Arbeitsdienstes auf sportlichem u. geistigem Gebiete. Es soll der Gemeinschaftsgeist gefördert werden. Zu Vorträgen wurden bereits auch Mitglieder des Vereins herangezogen. — Die nächste Monatsversammlung ist am 6. Dezember. — Der nächste Vortrag, gehalten von Herrn Pastor Clarenbach über Augustin Wibbelt, ist am 10. Januar.

:-: **Tannenberghund.** Auf den Sprechabend am Samstag bei Wipker wird hiermit hingewiesen. — Eintritt frei! (Siehe Anzeige).

)!(**Das Ergebnis des Preisausschreibens** zur Erlangung von geeigneten Artikeln über Soest wird gegen Mitte dieses Monats bekannt gegeben werden.

:?: **Westfälische Landes-Eisenbahn.** Die Sonntags-Spätzüge Nr. 41 S und 42 S verkehren vorläufig nicht mehr.

:?: **Freiw. Sanitätskolonne Soest.** Während des diesjährigen Allerheiligenmarktes vom 9. bis einschl. 13. 11. hat die Sanitätskolonne in ihrem Depot auf dem Rathaushof — Eingang Polizeiwache — eine ständige Wache eingerichtet.

(!) **Artillerie-Verein.** Auf die Monatsversammlung am Samstag, den 5. November, abends 8 Uhr, macht der Artillerie-Verein aufmerksam und bittet um zahlreiches Erscheinen.

?:? **Thomäkirche.** Am kommenden Sonntag wird der Kindergottesdienst mit dem Hauptgottesdienst um 10 Uhr sich zu einer Denkfeier vereinigen, die den 6. November als die 300jährige Wiederkehr des Todestages Gustav Adolfs in den Mittelpunkt stellen soll. Es wird gebeten, den Kindern, die sich zusammendrängen werden, die acht ersten Bankreihen zwischen dem Mittelschiff zu überlassen.

:?: **Zuschuß für Hausreparaturen.** Beim Magistrat Soest sind bisher 30 bis 40 Anträge auf Gewährung des städt. Zuschusses für Hausreparaturen gestellt worden. Der Magistrat glaubt, mit einer Summe von 20 000 Mark für Darlehnszwecke auszukommen. Der Reichszuschuß für Reparaturarbeiten an Altwohnungen ist auf 15 000 Mark erhöht worden. —

:-: **Spiel und Sport, c. V. 1913.** Am Sonnabend, den 5. 11. 1932, abends 8,30 Uhr, findet im Lokale Gruß eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Da wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, wird um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder gebeten.

(!) **Angestelltenversichlerung!** Die Nachprüfung der zur Angestelltenversicherung entrichteten Beiträge beginnt in Soest am 7. November ds. Js. Es wird erneut darauf hingewiesen, daß für Lehrlinge bereits bei einer Vergütung von 5,— Mark monatlich Versicherungspflicht besteht. Die Arbeitgeber tun gut, etwaige Beitragsrückstände sofort nachzuholen. — Sprechstunden der Revisions- und Auskunftsstelle der Angestelltenversicherung finden statt, jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. jeden Monats von 12 bis 13 Uhr im Rathaus Soest, Morgner-Gedächtniszimmer. In der Privatwohnung des Revisionsbeamten der Reichsversicherungsanstalt, Verwaltungsoberinspektor Sischke, werden Auskünfte nur in ganz dringenden Fällen, nach vorheriger telephonischer Anmeldung, erteilt. Leistungsanträge jeder Art nehmen die Vertrauensmänner der Angestelltenversicherung, die Herren Erwin Lücke, Hans Ommer und Fräulein Grete Krampe, kostenlos entgegen.

?:? **40 Millionen Rm. 4prozentiges Baugeld.** Es dürfte interessant sein, zu erfahren, daß die öffentlichen Bausparkassen, die eine Einrichtung der öffentlichen Sparkassen sind, in ihrer nunmehr dreijährigen Tätigkeit insgesamt über 40 Millionen Rm. zu 4% dem deutschen Hypothekenmarkt zuführen konnten. Seit dem letzten Jahr hat sich die Summe des Hypothekenstandes verdoppelt, was umso bemerkenswerter ist, als fast alle übrigen Hypothekeninstitute im verflossenen Jahr kaum Hypotheken zur Verfügung stellen konnten. Die Westfälische Landes-Bausparkasse, Münster, die öffentliche Bausparkasse der Provinz Westfalen, hat bereits 30 Prozent ihrer Bausparer zugeteilt, so daß schon jeder 3. Bausparer eine Zuteilung erhalten hat.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen

Ortsgruppe Soest.

Mehrleistungen in der Reichsversorgung.

Das Reichsministerium hat in einer Sonderausgabe des Reichsversorgungsblattes vom 25. Oktober folgenden Erlaß veröffentlicht. Die Vorschrift: „Daß Kannbezüge nur in besonders oder in ganz dringenden Fällen gewährt werden können", wird aufgehoben. Es können nunmehr alle Kannbezüge und Härteausgleiche wieder bewilligt werden, wenn Bedürfnis oder Bedürftigkeit vorliegt. **Ohne Prüfung des Bedürfnisses** können gewährt werden: **Sterbegeld, Sterbequartal** für Versorgungsberechtigte, die Versorgung als Kannbezug oder im Härteausgleich erhalten.

Oertliche Sonderzuschläge (siehe Handbuch S. 330).

Bezüge aus den Militär-, Witwen- und Waisenkassen (siehe Handbuch S. 563).

Zur weiteren **Erleichterung der Berufsausbildung** von Kindern „Schwerbeschädigter" und von „Waisen" können Kinderzulagen und Waisenrenten nach § 30 4 S 2 oder § 41, 3 S 2 RVG. bewilligt werden, wenn das Kind vor Vollendung des 16. Jahres in der Berufsausbildung oder weiteren Schulbildung eintritt, selbst wenn es einen Beruf, z. B. die Hauswirtschaft, erlernt hatte oder wenn es sich um einen Berufswechsel handelt.

Entgegen der Vorschrift des § 51, 5 RVG. kann **Ortszulage** im Härtewege ohne Prüfung des Bedürfnisses erhöht werden, wenn es sich um Arbeitsaufnahmen, Versetzungen von Beamten usw. handelt.

Die Versorgungsämter sind in Zukunft auch zuständig für die Bewilligung von

a) **Versorgung nach der Verordnung vom 26. 7. 30, 4. Abschnitt, 3. Titel, Artikel 2 Abs. 2a und b,** wenn die EM. nur 30 oder 40 Proz. beträgt und es sich nicht um Kriegsverwundungen handelt,

b) **Witwen- und Waisenbeihilfen,** wenn der Verstorbene nicht Pflegezulagenempfänger war (der § 40 RVG. ist also in seiner ursprünglichen Wirkung wiederhergestellt),

c) **Frauenzulage für verwitwete und schuldlos geschiedene Schwerbeschädigte,**

d) **Ehrenzulagen, für Inhaber von Orden und Ehrenzeichen** (ohne Bedürfnisprüfung).

Zur Erhaltung der Eigenheime der Kriegsopfer können Kapitalabfindungen zur Abwendung von Zwangsversteigerungen auch dann bewilligt werden, wenn noch keine Kapitalabfindung bisher bewilligt worden war. Ein besonderer Erlaß ergeht dazu noch.

In erhöhtem Maße soll teils durch die Versorgungsämter, teils durch die Fürsorgestellen durch einmalige Unterstützungen in besonders dringenden Notfällen geholfen werden.

Auskunft über alle Aenderungen durch den bevorstehenden Erlaß erteilt die Geschäftsstelle des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen in Soest, Opmünderweg Nr. 41, die täglich geöffnet ist.

Aus dem Parteileben

Deutsche Volkspartei.

Am Freitag, den 4. November, spricht in einer „Oeffentlichen Wahlversammlung" der Deutschen Volkspartei Rektor Fitzke, Herne, über das Thema „Die politische Stellung der D. V. P." Er wird auch über Kontigentierung, sowie über Beamtenfragen u. Kriegsbeschädigtenfragen sprechen!

Aus dem Kreise Soest und benachbarten Kreisen

Östönnen, 4. Nov. **Hohes Alter!** Am heutigen Tage wird Herr Landwirt Fritz Brand 80 Jahre alt. Dem noch rüstigen und geistig frischen, echt deutschen Mann zum Geburtstagsfeste auch unsere herzlichsten Glück- und Segenswünsche! Möge ihm ein sonniger und zufriedener Lebensabend beschieden sein!

Körbecke, 4. Nov. **Glück im Unglück.** Am Mittwoch morgen stürzte ein mit mehreren Personen aus Körbecke besetzter Kutschwagen beim Ausweichen in den Steinbruch „Auf der Höhe". Die Insassen erlitten glücklicherweise nur geringe Hautabschürfungen, der Wagen dagegen wurde stark beschädigt und unbrauchbar. Die Pferde blieben unverletzt. Das Unglück hätte leicht schwerere Folgen haben können.

o. **Stockum,** 4. Nov. Der **M.-G.-V. Stockum** beschloß in seiner letzten Generalversammlung, wie alljährlich, am 2. Weihnachtstage eine Weihnachtsfeier mit Theater und Ball zu veranstalten. Die Mitglieder werden gebeten, an den Uebungsstunden, die jeden Samstag abend 8 Uhr stattfinden teilzunehmen.

o. **Hattropholsen,** 3. Okt. **Von der Jagd.** Die hiesige Jagdgesellschaft konnte am Montag in der Baumschule des Herrn Schneider einen prächtigen Fuchs erlegen. Weidmannsheil!

Klotingen, 4. Nov. In einer der letzten Nächte drangen Diebe in einen Stall eines hiesigen Landwirts und entwendeten ein 300 Pfund schweres Schwein. Außerhalb des Dorfes schlachteten die Langfinger das Tier ab und fuhren im Wagen davon. In derselben Nacht entwendete man einem Landwirt 4 Gänse.

Ostinghausen, 4. Nov. Der Theaterverein brachte am Sonntag das angekündigte Lustspiel „Der Erbe von Schnobelpitsch" zur Aufführung. Das humorvolle Stück ließ die Lachmuskeln gehörig in Bewegung kommen, da insbesondere die Streiche der beiden Vagabunden Robert und Bertram ihre tollen Rollen vorzüglich spielten.



Turnen, Spiel, Sport.

Vorschau D. J. K. Schwarz-Weiß Lohe.

Am Sonntag, den 6. November, findet auf dem Sportplatz zu Lohe ein spannendes Gesellschaftsspiel statt. Es treffen sich um 13.30 Uhr

Schwarz-Weiß Lohe (B-Kl.) — Berenbrock (A-Kl.).

Da Berenbrock der Tabellenführer der A-Klasse ist, wird es für Lohe wohl keine Kleinigkeit sein, den Gast mit einer Niederlage nach Hause zu schicken. — Trotzdem Lohe auf seine Hintermannschaft vertrauen kann, muß es doch auf der Hut sein, denn die flinken Berenbrock-Stürmer vergessen auch das Toretreten nicht. Der Mittelläufer von Lohe (Beckmann), der am letzten Sonntag eine kleine Verletzung mit nach Hause nahm, wird bis Sonntag wohl wieder hergestellt sein, sodaß er mitwirken kann. Die Loher Stürmer werden ebenfalls auf der Hut sein und das gegnerische Tor finden. Ein interessanter Kampf ist zu erwarten.

Wirtschaftliches

Berliner Produktennotierungen.

Berlin, 3. Nov. Weizen, märk. 200—201, Dez.-Lieferung 213—212,5, März-Lieferung 215,5 bis 215, Roggen, märk. 156—158, Dez.-Lieferung 168 bis 169, März-Lieferung 171,5—161, Gerste, Braugerste 170—180, Industrie- und Futtergerste 162 bis 169, Hafer, märk. 134—139.

Weizenmehl 24—27,50, Roggenmehl 20,60 bis 22,75, Weizenkleie 9 bis 9,40, Roggenkleie 8,25 bis 8,60, Viktoriaerbsen 22—26, Kleine Speiseerbsen 20 bis 23, Futtererbsen 14—16, Leinkuchen 10,10, Erdnußkuchen 10,80, Erdnußkuchenmehl 11,20, extrah. Sojabohnenschrot, 46 Prozent ab Hamburg 10,20 dto. ab Stettin 10,90.

Wetter-Bericht.

Vorhersage für Freitag: Frische südwestliche bis westliche Winde. Bei sehr milden Temperaturen stark wolkig. Vorübergehend jedoch Aufheiterung möglich. Nur noch geringe Niederschläge.

Bürger und Provinz.

Von Landesreferent Dr. B. Stolz, Münster i/W.

Die starke Politisierung unseres öffentlichen Lebens und die Nöte der Zeit haben dazu geführt, daß die Aufmerksamkeit des einzelnen Bürgers mehr als je zuvor den Geschehnissen in Staat und Gemeinde zugewandt ist. Da die Vorgänge und Dinge des **staatlichen** Lebens in erster Linie die politische, weltanschauliche und soziale Einstellung des Einzelnen berühren, ist die innere Teilnahme an ihnen im allgemeinen besonders lebhaft. Gleichlaufend damit macht sich die Beschäftigung mit den Angelegenheiten und Fragen der engeren politischen Gemeinschaft, der **Gemeinde,** geltend, da es hier um Dinge örtlicher Art geht, die den Lebens- und Schaffenskreis des Einzelnen auf das stärkste berühren und die ihm daher genau vertraut zu sein pflegen. Im Gegensatz hierzu ist das Bewußtsein, daß jeder nicht nur **Staats**bürger und nicht nur Bürger einer engeren Gemeinde (einer Landgemeinde, eines Amtes, eines Land- oder Staatskreises), **sondern auch Bürger einer Provinz ist, nur schwach ausgeprägt.**

Die Kenntnisse, die man in der Provinzbevölkerung über das Wesen und den Umfang der **provinziellen Selbstverwaltung** und die Aufgaben und die Bedeutung ihrer Organe, des **Provinziallandtages,** des **Provinzialausschusses** und des **Landeshauptmanns,** antrifft, pflegen im allgemeinen **recht kärglich** zu sein. Das ist umso bedauerlicher, als seit der Staatsumwälzung jeder einzelne der stimmberechtigten Provinzbürger durch das unmittelbare und gleiche Wahlrecht auch in unmittelbare Verbindung zur

wichtigsten Körperschaft der provinziellen Selbstverwaltung, dem Provinziallandtag, gebracht worden ist. Daß diese unmittelbare Verknüpfung in den früheren Jahrzehnten nicht vorhanden war, daß es ferner bei der provinziellen Selbstverwaltung an eigentlichen politischen Gegenständen, die die allgemeine politische Aufmerksamkeit stärker und dauernd fesseln, fehlt, mögen die Gründe dafür sein, daß das Wissen über die Provinzialverwaltung unter der Provinzbevölkerung nur schwach verbreitet ist und daß der Einzelne sich mit der kommunalen Selbstverwaltung seiner Heimatprovinz kaum oder gar nicht verbunden fühlt. Hinzu kommt, daß dem Provinzbürger die Provinzialverwaltung sachlich und räumlich nicht so nahe steht, wie die Kommunalverwaltung des Wohnortes oder des engeren Bezirks, die er den Dingen und Personen nach genauer kennt, während es bei der Provinzialverwaltung überwiegend um **Angelegenheiten überörtlicher Art** geht, über die der einzelne Einwohner der Provinz nur selten einen Ueberblick hat.

Alles das zusammen bewirkt, daß wir in der Provinzbevölkerung meist nur ein verhältnismäßig **schwaches provinzialbürgerliches Bewußtsein** antreffen, d. h. ein Bewußtsein davon, daß nicht nur die Bürger der örtlichen Gemeinden, **sondern auch die Bürger einer Provinz eine kommunale Lebens- und Schicksalsgemeinschaft bilden,** die auf den kulturellen Zusammengehörigkeiten und den wirtschaftlichen, sozialen und verwaltungspolitischen Verflechtungen im Raume der Provinz begründet ist. Und zwar ist ein solches provinzialbürgerliches Bewußtsein nicht oder nur schwach ausgeprägt vorhanden, obwohl in der Bevölkerung das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu Stamm und heimatlicher Landschaft durchaus lebendig zu sein pflegt. Das Bewußtsein, Westfale, Rheinländer, Hesse, Hannoveraner, Ostpreuße usw. zu sein, kommt auf die Frage, was man für ein Landsmann sei, sofort und bewußt empfunden zum Ausdruck. Dieses mehr aus irrationalen Quellen entspringende provinzielle Heimatgefühl hat jedoch auf dem rationalen Gebiet des kommunalen Zusammenlebens im großen Verbande der Provinz bisher kaum ein lebendiges, allgemein verbreitetes provinzbürgerliches Bewußtsein als Gegenstück gefunden. Die Notwendigkeit, dieses provinzbürgerliche Gemeinschaftsbewußtsein zu beleben und zu stärken, rechtfertigt sich aus der Bedeutung, zu der sich die provinzielle Selbstverwaltung im Laufe der vergangenen Jahrzehnte entwickelt hat. Es ist hier nicht der Platz, um den Umfang und das Wesen der kommunalen Selbstverwaltung der Provinz im einzelnen zu schildern. Zusammenfassend sei hier nur gesagt, daß ihre Rolle und Wirksamkeit auf den vielseitigen Gebieten der **sozialen Fürsorge** und **Wohlfahrtspflege,** der **Wirtschaftspflege** und des **Versicherungswesens,** der Förderung und Pflege von **Kunst, Wissenschaft und Bildung, Heimat und Volkstum** das Gemeinschaftsleben innerhalb der Provinz stärkstens beeinflussen. Die Provinzialverwaltung ist zugleich eine wichtige Ausgleichsstelle der kommunalpolitischen Belange, die in einer räumlich und wirtschaftlich so reich gegliederten Provinz, wie es Westfalen ist, recht verschiedenartig sind und die bisweilen auch wohl gegeneinander stoßen. Hier den gerechten und richtigen Ausgleich zum Besten der provinziellen Lebensgemeinschaft zu finden, ist eine oft schwierige, aber hohe Aufgabe, die von der Provinzialverwaltung und ihrem Leiter, dem Landeshauptmann, zu erfüllen ist.

In den Erörterungen der letzten Jahre über die **Reform des Reiches und der Länder** ist immer wieder hervorgehoben worden, daß bei einer Neuordnung der Verwaltung und bei einer etwa vorzunehmenden Neuabgrenzung der Verwaltungsgebiete nicht allein den rein sachlichen Gesichtspunkten der verwaltungstechnischen und wirtschaftlichen Zweckmäßigkeiten, sondern ebenso den innerlichen, seelischen Kräften und Verbundenheiten, die aus Stammeseigenart und Volkstum kommen, Rechnung zu tragen ist. Diese Notwendigkeit, den Einklang herzustellen zwischen Verwaltungsraum und Volkstum, zwischen praktischer Verwaltungstätigkeit und der seelischen Eigenart der Verwalteten, die sich aus Stamm und Kultur ergibt, bleibt, ob nun aus den preußischen Provinzen in der Zukunft „Reichsländer neuer Art" werden oder nicht.

Die Aufgabe, die uns das Verhältnis Bürger und Provinz stellt, besteht daher darin, das provinzielle Gemeinschaftsbewußtsein, das oben umrissen wurde, möglichst zu beleben und zu kräftigen und es zugleich zu unterbauen mit den Kräften, die aus Heimat und Volkstum, Landschaft und Kultur fließen.

Wenn der **Westfälische Heimatbund** kürzlich auf seiner Arbeitstagung in Hamm die Probleme: „Staat und Volkstum" und „Wege zur Belebung des Westfälischen Bewußtseins" behandelt hat, so ist das ein erfreuliches und begrüßenswertes Unternehmen, von der Seite der Heimatbewegung her an die Lösung der gekennzeichneten Aufgabe heran zu gehen. Zu weiteren wichtigen Mitarbeitern hieran sind vor allem die **Presse** und die **Schule** berufen. Die **Zeitungen in der Provinz,** auch die kleinsten unter ihnen, vermögen eine bedeutsame und weittragende Arbeit zur Belebung und Festigung des eigentlichen provinzbürgerlichen wie des provinziellen Heimat- und Kulturbewußtseins zu leisten, wenn sie stetig und aufmerksam ihre Leser auf die großen kommunalen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenhänge im Rahmen der Heimatprovinz hinweisen. Der Schule aber eröffnet sich die Aufgabe, mehr als bisher auch die **kommunale Selbstverwaltung der Provinz, ihre Geschichte** und **Verfassung, ihre Aufgaben** und **ihre Bedeutung** für das provinzielle Gemeinschaftsleben zum Gegenstand des **staatsbürgerlichen** und **historischen Unterrichts** zu machen. Geschieht das in organischer Verbindung mit den übrigen Fächern der Landes- und Heimatkunde, so können wir die Gewißheit haben, daß schon in die jungen Bürger der Provinz der Keim zu einem lebendigen und gehaltvollen **provinzbürgerlichen** Gemeinschaftsgefühl eingepflanzt wird. Auch das ist ein Weg zur Belebung des westfälischen Bewußtseins.



Lustige Tandemfahrt (Willy Fritsch und Lilian Harvey) Phot. Ufa
Szene aus dem Ufa-Tonfilm der Erich Pommer-Produktion „Der blonde Traum" (Regie: Paul Martin)

Gelernt ist gelernt!

Von Schetter

Wunderte sich doch Willy Fritschs Wirtschafterin sehr, als Willy, der wie alle Männer keine besondere Sympathie für Großreinemachen in der Wohnung hat, sie eines schönen Tages plötzlich fragte: „Wann werden denn die Fenster wieder geputzt?"

Diese Frage erregte einigermaßen Kränkung bei des Hauses getreuer Schaffnerin, denn natürlich kam es nie dazu, daß mangelnde Blitzblankheit der Fensterscheiben dem Herrn des Hauses hätte auffallen können.

Fritsch ließ aber nicht locker und äußerte den Wunsch, daß der Fensterputzer in den nächsten Tagen bestellt würde.

„Aber, warum denn? Die Scheiben sind doch noch blitzblank". — „Blitzblank", erwiderte Fritsch, „ja, sehen Sie, gerade deswegen."

Darob erstauntes Kopfschütteln und Erwägung der Frage, was Herrn Fritsch, der doch ganz gesund und munter erscheine, wohl eigentlich fehlen möge.

Willy vergaß nicht, sich wieder zu erkundigen, wann denn nun der Fensterputzer käme. Er wolle diesmal beim Fensterputzen dabei sein.

Darauf erneutes, heftigeres Kopfschütteln, das Fritsch mit geheimnisvollem Lächeln quittierte.

Als nun der Fensterputzer da war, beobachtete Willy dessen Hantierungen wie ein Luchs. „Könnten Sie", fragte er den Fensterverschönerungsrat, Franz hieß er, „einmal in Ihrer dienstfreien Zeit hierherkommen und mir — gegen Honorar natürlich — Unterricht im Fensterputzen geben?"

Franz, sonst ein gewitzter Berliner Junge, wußte nicht recht, was mit dieser Frage anstellen. Es schien ihm, als ob Herr Fritsch ihn „auf den Arm nehmen" wollte.

Der versicherte dem guten Franz daß es ihm mit dem Fensterputz-Unterricht völlig ernst sei. So wurde denn die „Instruktionsstunde" angesetzt. Franz erläuterte Fritsch alles, was zum sachgemäßen Fensterputzen gehört, alle notwendigen Utensilien und die fachgerechten Handgriffe.

Dann absolvierte Willy selbst eine Probekollektion. Zunächst aber wollten und wollten die Scheiben trotz allem Reiben nicht blank werden.

„Ja", sagte Franz, überlegen lächelnd, „sehen Sie Herr Fritsch, alles will gelernt sein. Wenn Sie in Neubabelsberg eine große Rolle spielen, da sind Sie mir ja bedeutend über aber im Fensterputzen, da kommen Sie mit mir doch nicht mit."

Aber Fritsch paßte scharf auf und lernte mit heißem Bemühen Fensterputzen, bis Franz eines Tages befriedigt erklärte, daß Herr Fritsch jetzt „mit könne".

Als dann Willy Fritsch in Neubabelsberg im Atelier in dem Ufa-Tonfilm der Erich Pommer-Produktion „Der blonde Traum", in dem er wieder mit Lilian Harvey zusammenspielt, als Fensterputzer, den er in dem Film spielt, die Scheiben der von Architekt Kettelhut erstellten riesigen Ladenfront putzen mußte, arbeitete er mit solcher Sachkenntnis, daß er der Firmenaufschrift auf seiner Mütze „Blitz" und „Blank" alle Ehre machte und der Regisseur des Films, Paul Martin, einfach „baff" war.

Brasseur, der Darsteller der französischen Version, der dann die Fenster „auf französisch" zu putzen hatte, kam bewundernd zu seinem Fensterputzer — Kollegen Fritsch und erklärte anerkennend: „O du fein verstehen das Metier."

Ja, meinte Fritsch: „Gelernt ist gelernt!"

Rotationsdruck und Verlag des „Soester Kreisblatt". (Geschwister Mayne). Verantwortlich für Politik: Herm. Mayne; für Lokales, Provinzielles, Sport u. den übrigen redaktionellen Teil: J. Müller; für den Anzeigenteil: Carl Mayne sämtlich in Soest.

Holk der Narr

URHEBER-RECHTSSCHUTZ: VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

Roman von Arno Franz

(27. Fortsetzung.)

„Was sagst du nun?"

„Nichts! Sagen kann man da nichts mehr, August! Jetzt heißt es die Zähne zusammenbeißen, damit der Holk nicht recht behält!"

August starrte ihn an, als könne er ihn nicht begreifen.

„Du nimmst das wohl ernst?"

„Sehr ernst, August! Bitterernst!"

„Du sprichst, als wenn wir dicht vor der Pleite stünden!" Der Alte schüttelte ruhig den Kopf.

„Nein, wir stehen nicht besser und nicht schlechter da, wie die meisten Firmen am Platze."

„Na also! Mein Betrieb . . . dreiviertel Million ist er wert!"

„War er! Das ist heute vorbei, August! Das sage ich dir, wenn heute der Betrieb verkauft werden müßte . . . . müßte! sage ich, August . . . dann kämen kaum die zweihunderttausend Mark raus, die Reyher als Hypothek drauf hat.

„Du bist verrückt! Mach, daß du rauskommst!" brüllte August wütend und Sauerwein, der die ähnliche Grobheit schon so oft mit der Gelassenheit des Alters hingenommen hatte, verließ das Kontor.

August Stein aber tat das Allerdümmste!

Er setzte sich hin und schrieb aus seiner ganzen Wut heraus an Holk einen Antwortbrief, der sich nach seiner Ueberzeugung gewaschen hatte.

Holk hatte nur gelächelt, als er ihn las.

* * *

Reyher junior war eben im Büro des Vaters, der die Post durchsah.

Rainer bemerkte plötzlich, wie der Vater weiß wie eine Kalkwand wurde. Seine Hände, die den Brief hielten, zitterten, seine Augen waren starr auf das Papier gerichtet. Dann blickte er auf den Sohn.

„Da . . . lies den Brief!"

Rainer nahm ihn und überflog ihn. Ganz schwül wurde ihm dabei zumute.

„Was hast du mir zu sagen, Rainer?" fragte der Bankier scharf.

„Ja . . . was soll ich da sagen! Freilich . . . es war eine Dummheit . . . ich sehe es ein! Ja, ich sehe es ein. Aber . . . ich war so empört an der Tafel. Mia gehört mir! Und Holk hat sie so angestarrt! Und . . . und . . . damals im Klub . . . ich hatte mich so über Holks Unverschämtheit, über seine Werbung geärgert . . . ich hatte auch schon viel getrunken. Möglich, daß ich da was über Holk gesagt habe."

„So, so, mein Junge!" stieß der alte Reyher bitter hervor. „Also, da baut man ein Geschäft auf, ist sein Leben lang ehrenhaft, peinlich, gewissenhaft, vermeidet alles, was Anstoß erregen könnte, da kämpft man sich um des Sohnes willen schwer durch die ganze Krisenzeit, man kämpft, um ihm das Vermögen zu erhalten und . . . jetzt . . . weißt du, daß dich der „bucklige Narr" — fein hast du das gesagt — dein Vermögen kosten kann? Weißt du das?"

„Aber Papa, ich bitte dich . . ."

Der alte Reyher schnitt ihm das Wort ab.

„Wir sitzen fest! Sehr fest! Die flüssigen Mittel sind zusammengeschrumpft. Werner Holk hat sein halbes Privatvermögen bei uns liegen. Das sind dreihundertachtzigtausend Mark. Das Geld ist zum überwiegenden Teile fest angelegt. Gut angelegt, das wirst du wissen, aber . . . wie ich es flüssig machen kann, weißt du das? Nein! Siehst du, wenn Holk nicht umzustimmen ist, dann müssen wir die Schalter schließen. So ist die Situation heute. Ja, was denkst du denn, was werden soll? Ich gehe jetzt zu Holk. Ein bitterer Gang fürwahr! Und du wirst dich bereithalten, Herrn Holk um Entschuldigung zu bitten."

„Nein! Jeden, nur Holk nicht!"

„Du wirst müssen, mein Junge, wenn du nicht ein Bettler werden willst!" sagte der alte Bankier grimmig.

* * *

„Herr Reyher senior wünscht Sie zu sprechen, Herr Holk!" Holk nickte und sagte ohne aufzusehen: „Gut! Ich lasse bitten!"

Man sah Reyher an, wie bitter ihm der Gang wurde. Die Männer begrüßten sich.

Reyher begann ohne Umschweife.

„Herr Holk, . . . Sie haben mir heute einen bitteren Morgen bereitet!"

„Ich bedauere es, aber Sie werden begreifen, daß ich nicht anders handeln kann."

„Ich . . . begreife Sie sehr wohl, Herr Holk" sagte der Bankier schwer. „Ich bin entsetzt über meinen Sohn! Ich . . . ich weiß nicht, was ich zu seiner unerhörten Handlungsweise sagen soll. Aber . . . ich als Vater komme, um für den Sohn um Verzeihung zu bitten. Herr Holk, Sie wissen, wie knapp die Gelder sind. Ihre Gelder sind angelegt, und das Flüssigmachen ist gerade jetzt in der Krisenzeit . . . so schwer, ja zum Teil kaum möglich. Die Kündigung würde für mich . . . das Ende meines Bankgeschäfts bedeuten."

Werner sah den Bankier sekundenlang an.

Dann sagte er langsam: „Herr Reyher . . . Sie sind ein ehrenhafter Mann, ich habe gern mit Ihnen gearbeitet. Es besteht eine Möglichkeit, daß wir weiter zusammenarbeiten, wenn Sie mit meinen Bedingungen einverstanden sind."

Der Bankier atmete auf, eine Hoffnung leuchtete.

„Ich bitte Sie, mir Ihre Bedingungen zu nennen."

„Es sind zwei! Die erste, Sie verkaufen mir die Hypothek in Höhe von zweihunderttausend Mark, die auf Steins Unternehmen lastet."

Reyher zuckte zusammen. Er hatte sofort begriffen.

„Sie . . . wollen . . . mit Stein abrechnen?"

„Ja!" sprach Werner hart. „Ich will mit ihm abrechnen. Ich will die Firma Stein auslöschen. Sie soll so klein werden, wie sie einst war. Stein wird fallen! Oder Ihre Firma! Eins von beiden!"

Reyher atmete schwer. Er kämpfte mit sich. Er schämte sich, das Geschäft zu machen, aber das Messer saß ihm an der Kehle.

„Gut! Ich trete Ihnen die Hypothek ab. Ich muß ja!"

„Ja, Sie müssen! Machen Sie sich keine Skrupel. August Stein hat sich in seiner Praxis auch nie Skrupel gemacht, wenn er anderen den Hals abdrehte. Er verdient nicht, dort zu stehen, wo er jetzt steht. Ich weiß, die Firma ist faul! Weg damit!"

„Und die zweite Bedingung?"

„Ihr Wort, daß an eine Verbindung zwischen Ihrem Sohne und Mia Stein nicht zu denken ist!"

„Mein Wort darauf!"

(Fortsetzung folgt.)

Aus Westdeutschland

Aus niederrheinischen Landen

Ein fränkisches Gräberfeld entdeckt

Bei dem Abbau einer Kiesgrube wurde in der Neustraße in Geilenkirchen eine fränkische Begräbnisstätte aus dem 5. bis 6. Jahrhundert nach Christus gefunden. Bedauerlicherweise wurde die Museumsleitung, wie meist in solchen Fällen, etwas zu spät benachrichtigt, so daß bereits ein Teil der Funde durch unsachgemäße Ausgrabung beschädigt war. Die Sohle der Gräber liegt etwa zwei Meter tief. Die Grabstätte beginnt am Hange des Hügels und erstreckt sich höchstwahrscheinlich bis zu dessen Kamm. Die Leichen selbst sind vollständig verwest. Dagegen sind die Beigaben teilweise noch sehr gut erhalten. Man fand bereits eine ganze Reihe Töpfe und zahlreiche Eisenwaffen, besonders Kurzschwerter, Lanzen, Speere und Eisenteile von Schilden.

Aachen. Rhein. Pfadfindertagung. Zum ersten Mal seit dem kürzlich erfolgten Zusammenschluß trafen sich die Führer der nun vereinigten Bünde des Gaues Rheinland der Pfadfinder und Späher in Aachen zu einer gemeinsamen Tagung. Die Eröffnung erfolgte in der Jugendherberge Colynshof. Aus dem ganzen Rheinland hatten sich 73 Führer eingefunden. Der nächste Morgen wurde mit internen Bundesangelegenheiten ausgefüllt. Mit dem Referat „Wesen und Ziele der deutschen Pfadfinderbünde" von Gauführer Helmuth Schwichtenberg begann nachmittags die Behandlung der Fragen allgemeiner Natur. Bundesführer Karl Wappen behandelte das Thema des angestrebten Zusammenschlusses und bekannte sich zu einem entschiedenen Weiterschreiten auf dem eingeschlagenen Wege. Der dritte Tag begann mit der Besichtigung der Stadt. Der Nachmittag brachte einen Vortrag von Ostringführer Koll (Münster) über „Elternhaus, Schule und Bund". In der Aussprache wurde vor allem zu der Frage der Betragenzensuren und der körperlichen Züchtigung in der Schule Stellung genommen. Das anschließende Referat von Ostringführer Walter Schwichtenberg behandelte die Schwierigkeiten der Auslese in den Pfadfinderbünden. Am Allerheiligentage veranstalteten die Reichspfadfinder und Späher auf dem Ehrenfriedhof eine Feier zum Gedächtnis der im Kriege gefallenen Soldaten.

Vom Mittel- und Oberrhein

Der Doppelraubmord in Köln

2800 RM. und ein Wertbrief geraubt. — Ueber 1000 RM. Belohnung ausgesetzt

In dem Doppelraubmord in Köln in einem Hause am Rudolfplatz, bei dem die ledige 61 Jahre alte Ulla Korte und der 48 Jahre alte Geldzusteller Oberpostschaffner Clemens Körner ermordet wurden, wird noch bekannt, daß der erschossene Geldbriefträger 2800 Mark bares Geld und einen Wertbrief über 100 Franken bei sich trug. Die gräßliche Tat kam dadurch ans Tageslicht, daß in den späten Abendstunden ein Neffe der Ermordeten dieser einen Besuch abstatten wollte und auf wiederholtes Klingeln keinen Einlaß in die Wohnung fand. Schlimmes ahnend, rief er einen Schlosser herbei, der die Wohnungstür gewaltsam erbrach. Den Eintretenden bot sich ein furchtbares Bild. In einem Zimmer fand man die Tante in einer Blutlache liegend, neben ihr hingestreckt den Geldbriefträger, dessen Geldtasche leer war. Der Umstand, daß die Tat erst zehn Stunden später aufgedeckt wurde, erklärt sich daraus, daß der Geldbriefträger durchgehenden Dienst hatte und erst gegen 17 Uhr vermißt wurde. Sofort nach Bekanntwerden der Tat begab sich der Polizeipräsident mit mehreren Kriminalräten an den Tatort. Für die Ergreifung des bisher unbekannten Täters hat der Kölner Regierungspräsident eine Belohnung von 50 Mark ausgesetzt. Den gleichen Betrag und 10 Prozent des wiederherbeigeschafften Geldes hat auch die Oberpostdirektion Köln ausgelobt.

Es ist sehr schwierig, in die dunkle Mordgeschichte am Rudolfplatz Licht zu bringen, da keinerlei Tatzeugen vorhanden sind und der Mord erst 10 Stunden später entdeckt wurde. An Hand von Aussagen der Hausbewohner hat die Kriminalpolizei folgendes ermittelt:

Als Täter kommt möglicherweise ein Mann von etwa 25 Jahren, 1,70 Meter groß und gesetzt, in Frage. Er trug einen schweren dunklen Ulster, steifen Hut und dunkle Hornbrille. Ein solcher Mann hat am Freitag oder Samstag vergangener Woche ein Zimmer in dem Mordhause zu mieten gesucht und ist am Tage der Tat morgens gegen 9 Uhr vom dritten Stock heruntergekommen und gesehen worden. Beim Einziehen in sein Zimmer hatte er einen alten Koffer von graubrauner Farbe bei sich, der jetzt nicht mehr vorhanden ist. Ferner wurde ein Postabschnitt gefunden, mit dem der Täter, der bekanntlich eine Geldsendung an sich selbst abgeschickt hat, den Geldbriefträger in seine Wohnung lockte. Die auf dem Abschnitt vermerkte Düsseldorfer Adresse des Absenders ist fingiert.

Selbstmord eines Liebespaares

Ein Liebespaar, das aus Sachsen stammt und seit einiger Zeit in einem Koblenzer Hotel gewohnt hatte, hat sich erschossen. Der Mann war 46 Jahre, das Mädchen 22 Jahre alt. Beide wurden mit Herzschüssen tot aufgefunden. Wie es heißt, soll das Paar aus dem Leben geschieden sein, weil sich einer Verehelichung unüberwindliche Schwierigkeiten entgegengestellt haben. Die Leichen wurden in die Heimat der Toten übergeführt.

Unter schwerem Verdacht festgenommen

Mord an einem Saarbergmann?

Am 10. November 1929 wurde der seit längerer Zeit vermißte Bergmann N. im Wald zwischen Erbach (Saar) und Jägersburg tot vorgefunden. Man nahm an, daß er durch Erhängen seinem Leben ein Ende gemacht habe. Die schon stark in Verwesung übergegangene Leiche wurde zur Beerdigung freigegeben, und der Fall schien erledigt. Jetzt tauchten Gerüchte auf, nach denen N. nicht durch Selbstmord geendet haben soll. Sofort angestellte Ermittlungen verdichteten den Verdacht, und schließlich wurden ein Mann und eine Frau in der Angelegenheit festgenommen und dem Amtsgericht in Homburg zugeführt. Ueber das weitere Untersuchungsergebnis ist noch nichts bekannt.

Köln. Mit Kleinem fängt man an... Einen nicht alltäglichen Besuch erhielt die Kölner Kriminalpolizei in Gestalt von zwei Jungen im Alter von 13 und 15 Jahren, die beide aus Köln-Bickendorf stammen. Sie hatten einem kleinen Kind, das von seinen Eltern geschickt worden war, um etwas einzukaufen, die Geldbörse entrissen. Außerdem hatten sie in zwei Kaufläden Zigarren und in einem anderen Laden Bonbons gestohlen. Weiter wollten sie in einem Buttergeschäft eine Geldrolle mit Einemarkstücken stehlen, was jedoch mißlang. Nach ihren Angaben wollten sie mit dem Gelde einen Tränengasrevolver kaufen, um weitere Diebstähle ausführen zu können.

Köln. Der Reichspräsident Schutzherr der Reichsjagdausstellung 1933 in Köln. Die Reichsjagdausstellung, die stets der Mittelpunkt der Grünen Woche in Berlin war, findet, da die Grüne Woche mit Rücksicht auf eine andere landwirtschaftliche Ausstellung im nächsten Jahr in Berlin nicht stattfindet, 1933 in Köln statt. Reichspräsident von Hindenburg hat die Schutzherrschaft über die Ausstellung übernommen. Folgende Jagdorganisationen unterstützen die Reichsjagdausstellung in Köln und werden gleichzeitig ihre Hauptversammlungen abhalten: Reichsjagdbund, Allgemeiner Deutscher Jagdschutzverein, Landesverband Rheinprovinz des Allgemeinen Deutschen Jagdschutzvereins, Preußischer Landesjagdverband, Verein Deutscher Berufsjäger, Waidmannsschutz, Westdeutscher Jägerbund.

Euskirchen. 500 Arbeitsdienstwillige sollen beschäftigt werden. Einen der umfangreichsten Pläne des Freiwilligen Arbeitsdienstes im Rheinland hat man in der Gemeinde Commern in Angriff genommen. Durch Rodung sollen zwischen Burgfey, Satzvey und Commern nicht weniger als 900 Morgen Wald in Ackerland verwandelt werden. Die Arbeiten werden durch die Vereinigung Jugendwerk in Köln durchgeführt. Das Gelände, früher herzoglich Arenbergischer Besitz, ist jetzt in Euskirchener Privathand. Mit den Arbeiten sind vorerst 130 Jugendliche beschäftigt. Man rechnet mit einer Steigerung der Belegschaft bis zu 500 Mann. Bis zum Juli nächsten Jahres sollen 120 000 Tagewerke geleistet werden.

Schleiden. Der erste Schnee in der Eifel. In den letzten Tagen herrschte auf den Höhenzügen des Schleidener Tales zwischen Hellenthal und Udenbreth ein leichtes Schneetreiben, das mehrere Stunden anhielt. Teilweise sanken die Temperaturen unter den Gefrierpunkt.

Koblenz. Billige Reise zur Jubiläumsfeier des Rhein. Bauernvereins in Köln. Wie gemeldet, veranstaltet die Zentralstelle der Vereinigung des Rheinischen Bauernvereins und Rheinischen Landbundes am 8. d. M. in Köln die Jubiläumsfeier des 50jährigen Bestehens des Rheinischen Bauernvereins. Aus diesem Anlaß werden von allen Fahrkartenausgaben des Reichsbahndirektionsbezirks Mainz innerhalb eines Umkreises von 200 Klm. um Köln, die im Gebiet des Regierungsbezirks Koblenz liegen, gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte des Rheinischen Bauernvereins Sonntagsrückfahrkarten nach Köln ausgegeben. Die Karten gelten für die Hinfahrt am 8. November ab 0 bis 24 Uhr und zur Rückfahrt am 8. November, sowie am 9. November bis spätestens 10 Uhr.

Trier. Neuwahlen von Amtsvertretungen in der Eifel. Durch die Verordnung der Staatsregierung sind in den Kreisen Wittlich, Daun und Prüm einige Aemter zusammengelegt worden. Infolgedessen werden Neuwahlen der betreffenden Amtsvertretungen notwendig, nicht aber der Gemeinderäte. Im Kreise Wittlich finden die Neuwahlen am Sonntag, 13. November, im Kreise Daun am Sonntag, 20. November, statt. Der Termin für den Kreis Prüm steht noch nicht fest.

Münsterland, Ostwestfalen

Drei Brandstifter festgenommen

Von der Landeskriminalpolizeistelle Bielefeld wurde ein landwirtschaftlicher Arbeiter festgenommen, der nach hartnäckigem Leugnen gestand, in Auenhausen (Kr. Warburg) zwei Wohnhäuser und eine Scheune vorsätzlich in Brand gesteckt zu haben. Bei den drei Brandgeschädigten ist der Festgenommene in Stellung gewesen. Die Brände will er aus verschiedenen Gründen angelegt haben. In dem einen Falle habe man ihn nicht behalten wollen, in den anderen beiden Fällen will er wegen schlechter Behandlung und Beköstigung Rache geübt haben.

Ferner wurde der Gastwirt Franz Vockel aus Essentho (Kreis Büren) unter dem Verdacht festgenommen, sein Anwesen vorsätzlich in Brand gesteckt zu haben. Da jedoch die Möglichkeit besteht, daß Vockel den Maurer Johann Tüscher aus Essentho zu der Brandstiftung angehalten hat, wurde dieser ebenfalls in Haft genommen.

Ochtrup. Tödlicher Autounfall. Auf der Gronauer Straße wurde abends gegen 21 Uhr ein Landwirt aus der Westerbauernschaft von einem holländischen Mietsauto überfahren und getötet. Der Chauffeur gibt an, daß er, als er zwei ihm entgegenkomenden Radfahrern ausweichen mußte, einen dunklen Gegenstand auf der Straße habe liegen sehen. Erst nachdem er einen Stoß in seinem Wagen bemerkte, habe er angehalten und sei ausgestiegen. Erst dann habe er einen Unfall festgestellt. Der hinzugezogene Arzt stellte fest, daß der Tod durch Bluterguß im Gehirn eingetreten war. Der Verunglückte ist 43 Jahre alt, Kriegsinvalide und Vater von sieben Kindern.

Bielefeld. Vom Dachziegel erschlagen. Während der Ausführung von Reparaturarbeiten an einem Hause an der Bismarckstraße fiel dem Besitzer des Hauses ein Dachziegel auf den Kopf. Der Mann wurde so schwer verletzt, daß er wenige Stunden später starb.

Herford. Rattenkrieg in Herford. Da in der letzten Zeit die Ratten in Herford wieder ungewöhnlich stark überhand genommen haben, ist für den 7. November für den ganzen Stadtkreis eine allgemeine Rattenvertilgung angeordnet worden. Die Eigentümer sämtlicher Hausgrundstücke, Lager- und Schuppenplätze usw. müssen an diesem Tage bis 15 Uhr an geeigneten Stellen ihrer Grundstücke Rattenvertilgungsmittel ausgelegt haben. Durch Beamte wird nachkontrolliert, ob der Aufforderung nachgekommen ist, andernfalls Bestrafung erfolgt. Die toten Ratten sind spätestens zwei Tage nach der Auslegung des Giftes zu vergraben oder zu verbrennen. Ferner sind am Vernichtungstage Nutztiere einzusperren, damit diese nicht vergiftet werden.

Aus dem Ruhrbezirk

Hattingen. Wahrheit oder Dichtung? Bei der Polizei meldete sich mittags ein 15jähriger Bursche von der Konsumanstalt „Ruhrstahl" mit der Anzeige, daß ihm, während er eine Besorgung in der Bismarckstraße machte, von seinem Rade eine Mappe mit 1950 Mark abhanden gekommen sei. Einstweilen fehlt noch jeder Nachweis darüber, wohin das Geld, das für die Deutsche Bank bestimmt war, gekommen ist.

Blankenstein. Ein 17jähriger Sittlichkeitsverbrecher. Die Polizei verhaftete einen 17jährigen, wegen Diebstahls wiederholt vorbestraften Burschen, der eine verheiratete ältere Frau auf dem Ruhrhöhenwege zu vergewaltigen versucht hatte. Als dem Burschen das mißlang, mißhandelte er die Frau und entriß ihr die Handtasche mit Geld. Die Tasche wurde später auf einer Ruhebank wiedergefunden.

Bochum. Die Tageskasse geraubt. Unter Vorhaltung eines Revolvers drangen kurz nach Ladenschluß zwei Männer in ein Lebensmittelgeschäft an der Ecke Diberg- und Grottenstraße in Bochum ein, dessen Verkäuferinnen damit beschäftigt waren, den Kassenbestand aufzunehmen. Die Banditen bemächtigten sich der Tageskasse und entkamen dann unerkannt. Von dem geraubten Geld verloren sie auf der Flucht einen Betrag von 19,— RM.

Die Firma muß zahlen

Gehörverlust durch Zugluft im Betrieb

Eine 42 Jahre alte Stenotypistin war 18 Jahre auf dem Büro einer großen Versicherungsgesellschaft in Köln tätig. Auf ihrem Arbeitsplatz an einem Eckfenster machte sich meist starke Zugluft bemerkbar. Schon in den Jahren 1926-27 litt sie an einer Ohrenentzündung, die der Arzt auf die Zugluft zurückführte. Wiederholt forderte die Angestellte einen anderen Arbeitsplatz, aber sie wurde nicht erhört, obschon ihr Gehör immer mehr nachließ. Schließlich verlor sie das Gehör ganz, so daß sie ihren Beruf nicht mehr ausüben konnte. Nun klagte sie am Kölner Arbeitsgericht auf Zahlung einer vom Gericht festzusetzenden Monatsrente bis zu ihrem 65. Lebensjahre. Die Klägerin legte mehrere Gutachten von Fachärzten vor, die dahin lauteten, daß der Gehörverlust auf die Zugluft zurückzuführen sei. Der Vertreter der Beklagten bestritt ein Verschulden. Mehrere Zeugen bekundeten, daß die Klägerin früher ein sehr gutes Gehör hatte, und eine Zeugin sagte aus, daß sie seinerzeit ihren Platz in der Nähe der Klägerin gehabt habe. Durch die Zugluft habe sie sich eine Augenentzündung zugezogen.

Das Gericht entschied: „Die Beklagte wird verurteilt, der Klägerin ab 1. Oktober 1932 eine Monatsrente von 160 Mark zu zahlen, vorläufig jedoch nur auf ein Jahr. Das Gericht hofft, daß in dieser Zeit die Beklagte mit der Klägerin einen endgültigen Vergleich abschließen wird.

Siedlungsschwindel im Industriegebiet

Die Geschädigten meist Erwerbslose

Die Deutsche Siedlerbewegung, Sitz Dortmund, die sich aus einem großen Teil ehemaliger Mitglieder der Deutschen Volksgemeinschaft zusammensetzt, hielt eine außerordentliche Versammlung ab, in der neben dem Vorsitzenden Meiritz das Vorstandsmitglied Dr. Dederichs und der Leiter der Beratungsstelle für landwirtschaftliche Ostsiedlung in Essen, Dr. Fütterer, über die Vorkommnisse sprachen, die eine Trennung von der Volksgemeinschaft herbeiführten. Die von dem Vorsitzenden Meiritz angeführten Beschuldigungen

gegen den Führer und Gründer der Deutschen Volksgemeinschaft, Ernst Broszeit-Dortmund,

fanden ihren Niederschlag in einer

Anklageschrift an die Staatsanwaltschaft des Landgerichts Dortmund

der wir entnehmen:

Ende des vergangenen Jahres trat in Dortmund B. mit einem angeblich von ihm zusammengestellten Programm einer Deutschen Volksgemeinschaft sowie einem Aktionsprogramm an die Oeffentlichkeit. Innerhalb kurzer Zeit fand das Siedlungsprogramm in interessierten Kreisen stärksten Anklang, und um Geldmittel unter falschen Voraussetzungen zu bekommen, hatte B. sich ein System zurechtgelegt, das neben einer Aufnahmegebühr zwischen 0,50 und 1,— RM. einen Monatsbeitrag zwischen 30 und 50 Pfg. sicherte. Außerdem wurde für Geschäftsreisen des B. ein Umlageverfahren zur Deckung der Kosten eingerichtet. Die Anklageschrift wirft B. ferner vor, daß er Mittel aus freiwilligen Spenden, aus der Sterbeumlage und aus Eintrittsgeldern zu Versammlungen für eigene Zwecke verbraucht habe. Weiter wird in der Schrift festgestellt, daß im guten Glauben an die von B. beratene Sache

Siedlungswillige verschiedentlich ihre Wohnung aufgaben und Haushaltungsgegenstände veräußerten,

um Mittel für eine Siedlungsstelle im Osten flüssig zu machen. Die Beratungsstelle für landwirtschaftliche Ostsiedlung in Essen und andere maßgebende Stellen in Berlin bezeichnen die Handlungsweise des B. als Schwindel. Verschiedene Angaben über die Beschaffung bzw. den Ankauf großer Güter zu Siedlungszwecken sind ebenfalls nicht zutreffend. Zum Schluß der Anklageschrift wird betont, daß B. durch seine Schwindeleien und Betrügereien es verstanden habe,

rund 1800 Menschen des hiesigen Bezirks, die meist erwerbslos sind, Geld aus der Tasche zu locken.

Die Anklageschrift wurde von allen Mitgliedern in der überfüllten Versammlung gutgeheißen und soll auf dem schnellsten Wege der Staatsanwaltschaft zugeleitet werden.

Dr. Fütterer als Leiter der vom Reichsernährungsministerium mit der Beratung von Industriearbeitern aus dem Ruhrgebiet betrauten Beratungsstelle für landwirtschaftliche Ostsiedlung in Essen berichtigte die von Broszeit bei den Mitgliedern der Organisation

erweckten völlig falschen Vorstellungen über die landwirtschaftliche Ostsiedlung.

Er erklärte u. a., daß die Siedlungsmöglichkeiten gerade für erwerbslose Industriearbeiter sehr beschränkt seien, weil einmal das Landangebot, wenigstens zurzeit, sehr knapp sei, dann aber auch nur ein sehr geringer Teil der zur Siedlung drängenden Industriearbeiter die erforderlichen persönlichen Eigenschaften und die nun einmal notwendigen Mittel habe. Angesichts der Finanzlage der Gemeinden des Industriegebietes könne Wohlfahrtserwerbslosen nur dann geholfen werden, wenn sie ganz besonders geeignet erscheinen. Dessen ungeachtet geschehe alles, um auch die Erwerbslosensiedlung im Rahmen des Möglichen zu fördern. Dazu bedürfe es nicht zuletzt einer gründlichen und zuverlässigen Beratung der Interessenten.

Auslanddeutscher Kulturkampf in Lettland und Estland

Grundlagen, Leistungen und Auswirkungen der deutschen Kulturarbeit

Von Siegfried Bergengruen

Über zwölf Jahre sind vergangen, seitdem der letzte deutsche Soldat baltischen Boden räumte und damit die in Lettland und Estland ansässigen Deutschen der Gewißheit überließ, daß all ihre Träume von einer engen Vereinigung mit dem Mutterlande auf lange, vielleicht sogar für immer verrichtet seien. So manchen Deutschbalten packte damals die Verzweiflung, so mancher glaubte, daß es hoffnungslos sei, noch länger auf diesem äußersten deutschen Kulturvorposten auszuharren. Diese packten die wenigen Habseligkeiten, die sich in der Eile zusammenraffen ließen, und gingen mit den abrückenden Truppen zusammen in das Land zurück, aus dem ihre Urahnen vor 7 Jahrhunderten zu mutiger Kolonisation in den Osten hinausgezogen waren.

Aber nicht alle warfen die Flinte ins Korn, nicht alle hielten es für eine Unmöglichkeit, mit der zur Stunde zwar feindlichen, auf weitere Sicht hinaus aber vielleicht doch vernünftigeren Erwägungen zugänglichen lettischen und estnischen Bevölkerung in positive Zusammenarbeit zu treten und dadurch die deutschen Kulturwerte im Nordosten vor dem schweren Untergang zu bewahren. Und siehe da, diese Hoffnung erfüllte sich! Der Fanatismus und Blinde Haß der Gründerjahre legte sich, die Letten und Esten sahen ein, daß sie sich im eigenen Interesse mit der an kulturellen und politischen Erfahrungen reicheren deutschen Minorität in irgendeiner positiven Form auseinandersetzen mußten. Zwar gab es in diesen 12 Jahren Reibereien genug, und wenn man den Deutschen mit der rechten Hand etwas gegeben hatte, so suchte man es ihnen mit der linken insgeheim wieder zu entreißen, aber das Endergebnis war dennoch die

Einräumung der sogenannten deutschen Kulturautonomie,

die der deutschen Minorität die Ausübung einer wenigstens in den Hauptlinien ungestörten Bildungsarbeit garantierte. Natürlich ist auch um die Grenzen der Kulturautonomie oft und erbittert gekämpft worden, manches Privileg, das bereits so gut wie gesichert schien, ging beim Aufbranden einer neuen chauvinistischen Woge wieder verloren, trotzdem aber muß um der Gerechtigkeit willen zugegeben werden, daß im großen Ganzen die Struktur der deutschen Kulturautonomie im Baltikum auch heute noch eines der weitest gehenden und daher vorbildlichsten Zugeständnisse darstellt, das überhaupt einer deutschen Minorität in einem der neugegründeten europäischen Kleinstaaten gewährt worden ist.

So weit etwas über die politischen Grundlagen der deutschen Kulturarbeit im Baltikum. Sie waren zwar die äußere Voraussetzung für ein mehr oder minder ungestörtes kulturelles Aufbauwerk,

der innere Auftrieb

für die nun zu entwickelnden Leistungen aber mußte aus eigenen wirtschaftlichen Mitteln, aus eigener völkischer und ideeller Kraft bestritten werden. Und hier setzte nun

die große Tat des baltischen Deutschtums

ein, eine Tat, die der opferfreudigen Aufstellung von Freiwilligenkorps zum Schutze gegen den anstürmenden Bolschewismus im Herbst 1918 in keiner Weise nachsteht, eine Tat, die um so höher einzuschätzen ist, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der baltische Volkskörper durch die rigorose Enteignung seines hauptsächlichsten Rückhaltes, nämlich des agrarischen Grundbesitzes, gewissermaßen über Nacht bettelarm geworden war! Man hört in dieser Zeit in Deutschland so oft große Worte von nationaler Opferwilligkeit und völkischer Bereitschaft tönen, aber diese Worte gehen selten über Demonstrationen und Parteistreitigkeiten hinaus. Wozu Deutsche, wenn es darauf ankommt, Kultur, Sprache und Glauben zu retten, da sind — und zwar ohne Unterschied der Partei und des Standes! —, dafür findet man die Worte leider Gottes nicht so oft im Mutterlande, sondern um so häufiger draußen in der Fremde, wo ein selbstbewußtes Auslandsdeutschtum für seine heiligsten Güter kämpft, blutet und wenn es sein muß — stirbt!

Eine Arbeit hub an für den deutschen Gedanken, der kaum seinesgleichen kennt. Mit beispielloser Energie und unter Aufbietung der letzten finanziellen Kräfte, die durch Hilfsspenden der Ortsgruppen Hannover und Linne des VDA. sowie einer amerikanischen Organisation noch eine besonders dankenswerte Unterstützung fanden, wurden

deutsche Kulturverbände

wie der deutsche Elternverband in Lettland, der Landesverband Deutscher Vereine in Estland — im wahrsten Sinne des Wortes aus dem Boden gestampft und unverzüglich in den Arbeitskampf geschickt. Die ehemaligen

deutschen Schulen,

die halbvergessen hier und dort unter der Leitung völkischer Menschen dahinvegetierten, wurden gesammelt und der Verwaltung der Verbände überwiesen. Es ist höchste Zeit, denn diese Schulen sind kümmerlich in irgendwelchen provisorischen Quartieren, Privatwohnungen, Scheunen und Ställen untergebracht, die Lehrer, seit über einem Jahre ohne Gehalt, leben von den Gaben der selbst verarmten Kinder, die Lehrmittel sind verbraucht oder veraltet. Aufrufe flattern durch das ganze Land! Jeder Deutsche gibt von seinen wenigen Pfennigen drei Tageseinnahmen zum Aufbau der Schulen, als die Kollekte sich ihrem Ende nähert, ist man überrascht über die Höhe der Summe, die sich angesammelt hat. Die Gründer der Kulturverbände, wochenlang in fieberhafter Besorgnis, daß das große Werk aus Mangel an den notwendigsten Mitteln scheitern könnte, atmen auf. Die deutschen Schulen sind gerettet!!

Und dann geht es unaufhaltsam vorwärts. Es wird erreicht, daß die lettischen Bildungsbehörden die Besoldung wenigstens einer kleinen Reihe von deutschen Lehrern übernehmen, die diese Gehälter allerdings nicht voll für sich behalten, sondern einen Teil ihres Einkommens den nicht offiziell besoldeten Kollegen zur Verfügung stellen. 1924 ist es auf dieser wahrhaft selbstlosen und kameradschaftlichen Grundlage endlich so weit, daß die Gehälter aller Lehrer ungefähr normiert werden können. Zwar ist das Existenzminimum noch lange nicht erreicht, aber die Lehrer können wenigstens wieder mit annähernd festen Summen rechnen.

Heute ist die Lage folgende: Die deutschen Kulturverbände unterhalten in Estland und Lettland etwa 65 Grundschulen, 20 Kindergärten und 15 Gymnasien. Außerdem bestehen Fachschulen, Gewerbeschulen, Frauenschulen, Handelsschulen, ein Kindergärtnerinnen-Seminar, ein Pädagogisches Institut und das Hochschulkurse veranstaltende Herderinstitut zu Riga. Die Aufzählung der verschiedenen Unternehmungen, die sich mit kulturellen Hilfsarbeiten und künstlerischen Veranstaltungen befassen, würde zu weit führen.

Alles in allem also, wenn man sich vergegenwärtigt, daß sich die Begründer der deutschen Kulturverbände im Baltikum vor 12 Jahren einem Chaos und rauchenden Trümmerfeld gegenüberfahen, von einer chauvinistischen, verhetzten, feindlichen Bevölkerungsmehrheit umgeben, wirtschaftlich verarmt und politisch so gut wie rechtlos waren,

ein bewundernswürdiges Werk nationalen Mutes und menschlicher Selbstverleugnung.

Ein Werk, auf das auch das deutsche Mutterland stolz sein kann, da es nach besten Kräften zu seinem Gelingen beigetragen hat. Hoffen wir, daß auch die Zukunft ihm gewogen bleiben möge!

Zwei Seelen in einer Brust

Menschen mit doppeltem Leben — Die Teilung des Charakters — Phantasien und Realitäten — Die Spaltung des Persönlichkeitsgefühls Grenzfälle

In Ungarn lebt ein Arzt, der, ohne es zu wissen, ein Doppelleben führt. Er hat es seit Jahren erlebt, daß er plötzlich ein anderer wird, anders denkt, anders handelt, anscheinend normal den Menschen erscheint, dann aber wieder in eine neue Haut steigt und sich an die vergangenen Wochen und Monate nicht mehr erinnern kann. Er hat in seinem zweiten Leben sogar eine Frau gefunden, die er, zu seinem ersten Leben zurückgekehrt, nicht kannte. Er war ein guter Arzt im Normalzustand, und hatte von der ärztlichen Wissenschaft keinen Begriff, wenn er der Andere geworden war. Dieser Fall hat den alten Streit darüber aufkommen lassen, ob es Menschen mit einem Doppelleben gibt, ob es eine Spaltung der Seele gibt und ob es, was so oft wissenschaftlich untersucht wurde, Menschen gibt, die die Erinnerung an bestimmte Zeiten verlieren, sogar ihren eigenen Namen vergessen können. In dem Vorstellungskreis der Menschen niederer Kulturstufen, namentlich bei den Jägervölkern, findet sich der Gedanke, daß im Leib nicht nur e i n e Seele, sondern eine Mehrheit von Seelen eingeschlossen sei. Und diese Primitiven haben vielleicht ein ganz richtiges Gefühl für eine Abnormität gehabt, die jetzt auch die ernste Wissenschaft beschäftigt. Man weiß heute, daß es neben dem vorübergehenden Kampf zweier Leidenschaften auch noch andere Formen innerer Spaltung, andere Formen, die länger andauern und die Einheit des Ich ernstlich bedrohen, gibt.

Am häufigsten beobachtet man, daß in dem gleichen Menschen zwei Charaktere scheinbar friedlich nebeneinander hausen. Es kann jemand in seinem Beruf Strenge, Entschiedenheit, ja Härte zeigen, während er im Kreise seiner Familie nachgiebig und zärtlich ist. Und es mag umgekehrt jemand nach außen hin stets liebenswürdig und bescheiden auftreten, während er innerhalb seiner vier Pfähle als Haustyrann gefürchtet wird. Ereignisse neuester Zeit rufen uns die Tatsache ins Gedächtnis zurück, daß manche Verbrecher ihrer Umgebung nur als unauffällige, harmlose Leute bekannt sind: so haben Massenmörder Jahre hindurch allen sichtbar das Leben friedlicher, vergnügter Spießbürger geführt und es bloß hier und da durch „Geschäftsreisen" unterbrochen. Ferner darf daran erinnert werden, wie stark die literarische Persönlichkeit eines Dichters von seiner bürgerlichen abweichen kann.

Fragt man nach dem Ursprunge eines solchen doppelten Seelenlebens, so muß man zunächst an die Wirkungen der Umgebung denken. Zweckbestimmung und Einrichtung eines Gerichtssaals oder Operationszimmers beeinflussen unwillkürlich die darin verantwortlich beschäftigten Personen. Vom Wechsel der Umgebung beim Reisen pflegt richtig gesagt zu werden: man werde dadurch zu einem ganz anderen Menschen. Wird aber einer von der Sachbeziehung befreit, so fällt er in sein eigenes Ich zurück. Das kann, wie leicht ersichtlich, Erhöhung oder Erniedrigung, Bereicherung oder Verarmung des Ich bedeuten.

An zweiter Stelle ist auf einen Trieb der menschlichen Natur aufmerksam zu machen, der gleichfalls noch innerhalb normaler Verhältnisse zur Ausbildung eines gewissen Doppellebens führt. Das ist das natürliche Schauspielergelüst eines jeden Menschen. Der Drang, wenigstens für kurze Zeit als ein anderer zu erscheinen, steckt tief in jedem Herzen. An Kindern sehen wir manchmal, daß sie bei ihrem Spiel fortgesetzt die gleiche Rolle innehaben und schließlich bis zur Selbstvergessenheit beibehalten. Sie besitzen dann neben ihrem wachen Leben ein Phantasieleben, worin sie Helden oder Räuber, Prinzessinnen oder Heilige sind. Junge Menschen gehen zum Theater, um das Bedürfnis nach dem Andersein zu befriedigen. Doch auch in höherem Alter bleibt die Sehnsucht nach einer Maske lebendig.

Im Zusammenhang dieser Erörterungen soll nur von Fällen der zweiten Art die Rede sein. Jede Spaltung im Persönlichkeitsgefühl verschärft sich durch starke Erregungen, durch Alkoholismus und gewisse Krankheiten. Unter dem Einfluß solcher Umstände verändert sich ein Mensch, weil in ihm die Doppelheit schon angelegt war, dermaßen, daß er später sich nicht wiedererkennt und mit ehrlicher Verwunderung fragt: Habe ich das wirklich getan? Viele Erscheinungen gehören mehr oder weniger vollständig hierher. Die bekannten Perioden des „Sichaustobens", die Handlungen des Quartalssäufers, das sogenannte zirkuläre Irresein. Aus den Zeitungen kennt jedermann Fälle, in denen es sich um das plötzliche Verschwinden eines Menschen handelt. Ein Geschäftsmann, an dem vorher nichts Auffälliges bemerkt worden war, wird vermißt und vergebens gesucht. Nach Jahren entdeckt man ihn in einem entfernten Städtchen, wo er unter fremdem Namen ein anderes Geschäft betreibt, ohne je bei seinen zahlreichen Kunden irgendeinen Verdacht erweckt zu haben. Erst allmählich, mit Hilfe von allerhand ärztlichen und psychologischen Kunstgriffen gelingt es, ihm die Erinnerung an sein früheres Dasein zu wecken. Ein junger Engländer war spurlos verschwunden. Ein paar Wochen später schickte er aus Malta ein Telegramm nach Hause. Was in der Zwischenzeit geschehen war, wußte er nicht. Er war erst wieder zu sich gekommen, als er in einem Streite einen Mann niedergeschlagen hatte: die Erregung hatte ihn in seinen normalen Zustand zurückversetzt. Der Sohn eines Geistlichen geriet öfters in Zustände, in denen er die Orientierung völlig verlor, sogar seine Eltern nicht kannte und sich einredete, sie lebten in Indien. Während dieser Zeit waren seine sonst beträchtlichen mathematischen Kenntnisse fast verschwunden, seine musikalischen Fähigkeiten dagegen entschieden gesteigert.

Verhältnismäßig viele solcher Vorkommnisse sind gut beglaubigt. Auch wenn man einen Teil davon abzieht und auf die Rechnung unzulänglicher Beobachtung, anstelle der Uebertreibung und arglosen Leichtgläubigkeit setzt, so bleibt doch als Tatsache zurück ein seelisches Doppelleben in zeitlicher Aufeinanderfolge.

Auch bei der Hypnose zeigen sich ähnliche Erscheinungen, indem entweder auf Grund von absichtlich eingepflanzten Vorstellungen oder infolge einer Autosuggestion die Persönlichkeit in der Hypnose seelische Eigenschaften annehmen oder ablegen kann, durch die sie sich gründlich von dem wachen Ich unterscheidet. Wenn diese Züge in vielen Hypnosen immer wiederkehren, so entstehen gewissermaßen zwei Personen in dem gleichen Körper. Die eine, die hypnotische, kennt gewöhnlich die andere, doch ereignet es sich auch, daß beide voneinander nichts wissen. Da nun solche hypnotischen Zustände, mit denen ein Persönlichkeitswechsel verbunden ist, unwillkürlich eintreten können, so empfangen die meisten Beobachter den Eindruck, es habe eine fremde Seele sich dieses Leibes bemächtigt. Seit uralter Zeit redet man daher von Besessenheit und wähnt, ein Dämon oder Geist eines ehemaligen Menschen sei in den Körper gefahren.

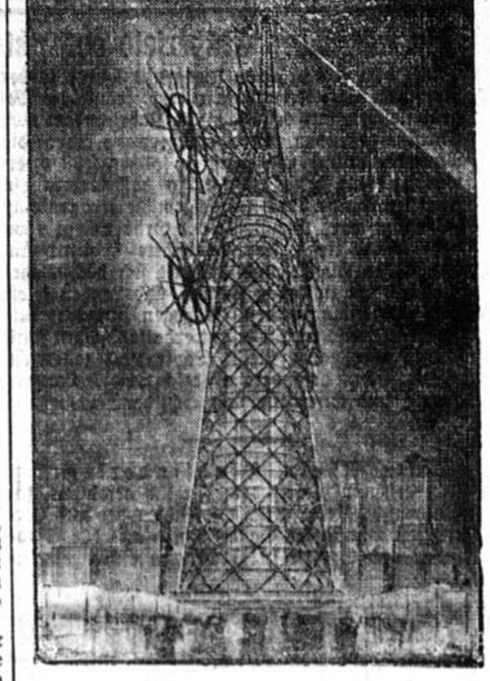
Dr. P.

Eine französische Wohltätigkeits-Briefmarke zur Bekämpfung der Tuberkulose



Die neue französische Wohltätigkeits-Marke, die jetzt in den Verkehr gebracht wurde und deren Erträgnis zur Bekämpfung der Tuberkulose verwendet wird.

Der deutsche Konstrukteur Honnef erbaut einen Windkraftturm für die Chicagoer Weltausstellung



Nachtbild des geplanten Turmes.

In dem oberen, 10stöckigen Restaurant sollen 15 000 Personen Platz haben.

Der bekannte Ingenieur Honnef, der gegenwärtig mit der Ausarbeitung eines Riesenmodells für den Berliner Windkraftturm beschäftigt ist, hat jetzt den Auftrag erhalten, für die Chicagoer Weltausstellung einen solchen Turm, der den Eiffelturm beträchtlich überragen soll, zu errichten. Honnef hofft, die gigantische Konstruktion in der kurzen Zeit von acht Monaten fertigstellen zu können.

Um einen Buchstaben

Anekdote erzählt von Heinrich Riedel

Unter dem Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. lag zu Potsdam ein wackerer Gardist bei einem Bäckermeister namens Pezold in Quartier. Man legte die Soldaten damals ja häufig, da in den Kasernen nicht genügend Platz war, in Bürgerhäuser, wo sie sich oft als völlig zur Familie gehörig betrachten konnten und im besten Einvernehmen mit ihren Wirten lebten.

Unser Gardist jedoch, ein märkischer Bauernbursche von außerordentlichem Wuchs, geriet mit dem Bäckermeister aus geringfügigem Anlaß in Streit, wobei sich beide so erhitzten, daß es zu massiven gegenseitigen Beleidigungen kam.

Erbost lief der Meister am nächsten Tage zum Hauptmann des Soldaten und beschwerte sich. Der Hauptmann diktierte unserm Freund eine Anzahl Stock-Prügel zu, die damals als Allheilmittel angesehen wurden und dem Soldaten Veranlassung gaben, eine gewisse Körperstelle hinterher recht eindringlich zu reiben. Zu jener Zeit war jedoch jedermann weit davon entfernt, ein solches kleines Mißgeschick tragisch zu nehmen.

Der Bäckermeister allerdings hatte nichts Eiligeres zu tun, als die erfolgte Besserungsmassage in der Stadt bekannt zu machen, und der Soldat brauchte für den Spott nicht zu sorgen.

Er sagte weiter nichts, aber eines Tages brachte er einen riesengroßen weißhaarigen Hund, eine Kreuzung von Dogge, Windhund und Bernhardiner, mit nach Hause. Und dann machte er sich jeden Abend nach dem Dienst daran, dem Hund Kunststücke beizubringen.

Sein Zimmer lag zu ebener Erde und so fielen den Vorübergehenden sehr bald seine lauten Dressierrufe auf. Das eigenartige dabei war, daß der Hund — wie der Bäcker — Pezold hieß.

„Wie dumm ist doch der Pezold! Spring mal über den Stock, Pezold! Stell dich nicht so dämlich an, Pezold!" So und in noch viel beziehungsreicheren und saftigeren Wendungen unterhielt sich des Bäckers Quartiergast Abend für Abend mit dem Hund, der ihm anscheinend nichts recht machen konnte.

Die Kunde von diesem abendlichen Theater drang überraschend schnell in alle Viertel der Stadt, und so kam es, daß sich gar bald zu der gewohnten Zeit vor dem Hause Gruppen von erheiterten Müßiggängern und solchen, die überall dabei sein müssen, ansammelten, die die Rufe des außerordentlich einfallreichen Gardisten mit nicht endenwollendem Gelächter zur Kenntnis nahmen und ihn zu immer neuen sprachlichen Erfindungen anfeuerten. Denn es gehörte nicht viel Verstand dazu, die Sache zu begreifen.

Der Bäckermeister schnaubte vor Wut vor seinem Backofen und lief nach einer Woche wieder zu dem Herrn Hauptmann. Der ließ den Soldaten sogleich kommen und ersuchte ihn mit nichts gutes weissagendes Gesicht um eine Aeußerung zu der Angelegenheit.

Der Soldat kam nicht im geringsten aus der Fassung.

„Der Hund hatte den Namen schon," erklärte er ruhig, „als ich ihn kaufte. Er hört auf keinen anderen. Ich habe es versucht, aber es geht nicht. Außerdem ....", der Sprecher räusperte sich und sah seinen Widersacher schlau-dämlich an, „außerdem ist die Klage des Herrn Bäckermeisters überhaupt völlig unbegründet. Mein Hund schreibt sich nämlich mit einem weichen „B", also Bezold."

Dem Hauptmann blieb einen Augenblick der Atem stillstehen. Dann lachte er kurz und knallend auf.

„Haben Sie das gehört?" sagte er darauf zu dem etwas verdutzten Bäckermeister, und seine Stimme knarrte ebenso wie seine Stiefel, in denen er sich vor verhaltenem Vergnügen wiegte. „Da kann ich leider nichts machen. Ich bin nicht aus Sachsen. Adieu!"

Das Pferd auf der Bühne

Zuweilen muß ein Pferd auf den Brettern, die die Welt bedeuten, erscheinen. Wann aber mag dies zuerst geschehen sein? Das war 1650 und zwar bei der Aufführung von Corneilles „Andromeda". Da sollte der Pegasus erscheinen.

Ein wirkliches Pferd sollte diese Rolle seines geflügelten Kollegen im Reich der Musen spielen. Um dies Rößlein aber recht feurig erscheinen zu lassen, hatte man den armen Vierfüßler erst einmal tüchtig hungern lassen. Dann zeigte man ihm bei seinem Auftreten einen Trog mit Hafer — und siehe da, Freund Pegasus ließ auf Feuer nichts zu wünschen übrig. — sm. —

Starke Neueinstellungen im Ruhrbergbau

Im Ruhrbergbau sind in der Zeit vom 16. September bis 1. November über 6000 Arbeiter neu eingestellt worden.

Diese Zahl ist umso bemerkenswerter, weil die Zechen des niederrheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbaues aus der Zahl der arbeitstäglich eingelegten Feierschichten zu schließen in den letzten Monaten eine bereits um 30—35 000 Mann über die Beschäftigungsmöglichkeit hinausgehende Belegschaft in Arbeit behalten haben. Die nicht unerhebliche Absatzbesserung im Ruhrbergbau, die sich vor allem im Inlandsabsatz zeigt, kann übrigens in der Zahl der mehr als 6000 neu eingestellten Arbeiter auch schon deshalb nicht in vollem Ausmaß in Erscheinung treten, weil die Zechen des Ruhrbezirks in der Regel in den Sommermonaten wesentlich stärker Tarifurlaub erteilen als im Herbst und Winter. Es stehen damit den Ruhrzechen an und für sich schon zum Jahresende mehr Arbeitskräfte für die Arbeit zur Verfügung als in den verflossenen Monaten.

*

Aus Gelsenkirchen wird gemeldet: Die Steinkohlenzeche „Graf Bismarck", die zur Deutschen Erdöl A. G. gehört, hat mit der Ausführung einiger größerer Aufträge begonnen. Hierdurch kann die Belegschaft wesentlich erhöht werden. Für die nächste Zeit ist mit der Einstellung von 2000 Arbeitern zu rechnen.

Fortschritte des Warenaustauschs

durch die Außenhandelsstelle für das Rheinland

Um die nachteiligen Folgen der Devisenvorschriften für den Außenhandel in etwa abzuschwächen, ist seinerzeit die Außenhandelsstelle für das Rheinland bei der Industrie- und Handelskammer Köln ins Leben gerufen worden, die Warentauschgeschäfte mit dem Auslande für den eigenen Handelskammerbezirk und weiter für die Bezirke der Kammern Aachen, Bonn, Koblenz, Trier und Oberstein-Idar vermittelt. In den wenigen Monaten des Bestehens dieser Außenhandelsstelle sind bereits mit vielen Ländern erfolgreiche Tauschgeschäfte abgeschlossen worden. So insbesondere mit England, Belgien, Frankreich, Oesterreich, Holland und der Tschechoslowakei. In ganz kurzer Zeit wurden Warentauschgeschäfte im Werte von zwei Millionen RM über Köln abgewickelt, z. T. auf der Grundlage eines Abschlusses von 60 zu 40 v. H. Emaillewaren gingen gegen Eier über die Grenze, deutsches Papier gegen Butter, Weißblech gegen Käse, und immer kam ein ganz erheblicher Devisenbetrag nach Deutschland herein.

Die Sprengstoffattentate von Reichenbach und Nimptsch vor dem Sondergericht

Vor dem Sondergericht in Schweidnitz begann der erste Prozeß wegen der Sprengstoffattentate, die Anfang August dieses Jahres in den Kreisen Reichenbach und Nimptsch verübt wurden. Es steht diesmal der Bombenanschlag auf den sozialdemokratischen Redakteur Päschke von der Zeitung „Proletarier im Eulengebirge" zur Anklage. Ursprünglich war das Verfahren nur gegen den Handlungsgehilfen Wagner wegen versuchten Mordes in Tateinheit mit Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz eingeleitet, im Verlauf der Voruntersuchung jedoch auf sieben weitere Mitglieder der SA und SS ausgedehnt worden, und zwar wegen desselben Verbrechens gegen den Kraftwagenführer Herbert Polowski aus Breslau und den Elektriker Karlheinz Wolter aus Reichenbach. Vier SA- und SS-Führer stehen unter der Anklage der Begünstigung, unter ihnen die Gruppenführer der schlesischen SA Heines aus Breslau sowie sein Stabsführer Hayn. Ein achter Angeklagter, der Landwirt Podolski aus Hindenburg hat sich außerdem wegen Beleidigung in Tateinheit mit Bedrohung zu verantworten.

Beim Zeugenaufruf fehlte der SA-Führer von Oemis der im Zusammenhang mit den Sprengstoffattentaten von der Staatsanwaltschaft steckbrieflich gesucht wird.

Vor Verlesung des Eröffnungsbeschlusses protestierte der Verteidiger, Justizrat Dr. Lütgebrune, gegen die Zulassung des Redakteurs Päschke als Nebenkläger. Nach längerer Beratung wurde der Antrag der Verteidigung abgelehnt.

Zusammenstöße und ihre Folgen

Die Schießerei in Meiderich

Zu den politischen Zusammenstößen, die sich am Sonntag in Meiderich abspielten, und bei denen ein 13jähriger Knabe erschossen wurde, veröffentlicht die politische Polizei einen Bericht, in dem es heißt, daß nach einwandfreien Feststellungen und nach dem Geständnis von vier Mitgliedern der NSDAP., die an den Zusammenstößen beteiligt waren, diese Schußwaffen mitgeführt und daraus geschossen haben. Ein weiteres Parteimitglied will aus einer Schreckschußpistole geschossen haben. Während im Laufe der Ermittlungen 14 Personen wieder entlassen werden konnten, wurden neun Beteiligte dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Brandgeschoß wurde in eine Versammlung geworfen

Kurz vor Beginn einer SPD.-Kundgebung in Klein-Flottbeck wurde am Mittwochabend durch ein Fenster des Versammlungslokals von unbekannten Tätern ein kugelförmiges Holzgefäß mit

Der neue Bullerjahn-Prozeß

Unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten am Reichsgericht **Dr. Bünger** begann am Donnerstag das Wiederaufnahmeverfahren im Falle des Oberlagerverwalters der Berlin-Karlsruher Industriewerke, **Walter Bullerjahn**, der am 11. Dez. 1925 von demselben Strafsenat unter Vorsitz des Reichsgerichtsrates Rosenthal **wegen Landesverrats zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt** worden war.

Die Klage wird durch den **Oberreichsanwalt Dr. Werner** persönlich vertreten. Für Bullerjahn ist **Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld-Berlin** erschienen. Als militärischer Sachverständiger ist **Major Himer** vom Reichswehrministerium anwesend.

Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß es sich hier keineswegs um eine politische Sache handele, sondern nur darum, ob ein Mensch schuldig sei oder nicht. Die Frage sei dadurch neu aufgerollt worden, daß das Wiederaufnahmeverfahren für begründet erklärt worden sei.

Vor Verlesung des Eröffnungsbeschlusses machte Rechtsanwalt **Dr. Rosenfeld** darauf aufmerksam, daß der Rechtsvertreter des Zeugen von Gontard, **R.-A. von Berg**, im Zuhörerraum sitze.

Auf Veranlassung des Vorsitzenden erklärt **von Berg**, er sei gekommen, um die Interessen des von Gontards wahrzunehmen. von Gontard habe nicht den leisesten Wunsch, nicht als Zeuge zu erscheinen.

Oberreichsanwalt Dr. Werner beantragte für die ganze Dauer der Verhandlung den Ausschluß der Oeffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit.

Das Gericht beschloß jedoch, der Senat halte es nicht für geboten, die Oeffentlichkeit für die ganze Dauer des Prozesses auszuschließen. Er behalte sich jedoch vor, die Oeffentlichkeit von Fall zu Fall auszuschließen.

Darauf wurde mit der Vernehmung Bullerjahns begonnen.

Zunächst wurde **der Lebenslauf des Angeklagten** dargelegt. Ausführlich kamen dann die Differenzen zur Sprache, die Bullerjahn mit der Direktion der Karlsruher Industriewerke in Wittenau bei Berlin gehabt hat. Bullerjahn erklärte u. a., es sei ihm unsympathisch gewesen, daß von Gontard von jedem der leitenden Beamten kleine Spitzeldienste verlangt habe.

Anschließend wurden die Revisionen der Interalliierten Kontrollkommission am 23. und 24. Dezember 1924 sowie am 5., 6. und 7. Januar 1925 erörtert, die angeblich durch Verrat Bullerjahns veranlaßt worden sein sollen. Auf die Erklärung des Vorsitzenden, daß die Revisionen offenbar auf Verrat zurückzuführen seien und daß Bullerjahn dies selbst früher gesagt habe, sagte der Angeklagte, daß er dieser Ansicht auch heute noch sei, denn die Interalliierte Kontrollkommission hätte ziemlich genaue Kenntnis von den Vorgängen gehabt.

Sodann wandte sich die Vernehmung Bullerjahns der Frage des Verrats zu, wobei abermals die Differenzen des Angeklagten mit seiner Direktion eine größere Rolle spielten.

Die Verhandlung wurde dann auf Freitag vormittag vertagt.

Dr. Sieve



bisher deutscher Gesandter in Riga, wurde zum Leiter der kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes ernannt. Sein Vorgänger war der Gesandte Geheimrat Freytag.

brennendem Teer auf das Podium geschleudert. Das Feuer konnte im Entstehen gelöscht werden.

In dem Prozeß wegen der Itzehoer Zusammenstöße

am 31. Juli, in deren Verlauf der SA.-Mann Peter Koelln getötet wurde, beantragte der Staatsanwalt in sechs Fällen Zuchthausstrafen von einem Jahr bis 15 Jahren und zahlreiche Gefängnisstrafen von zwei Monaten bis 1½ Jahren.

London meldet:

Freundliche Aufnahme des neuen deutschen Botschafters

„Daily Telegraph" schreibt, die Tätigkeit von Hoesch in London werde wegen seiner persönlichen Bekanntschaft mit französischen Staatsmännern und wegen seiner Kenntnis der französischen Politik einen Gewinn sowohl vom internationalen Standpunkt aus wie für sein eigenes Land bedeuten.

Das Arbeitslosenproblem vor dem Unterhause

Das Kabinett befaßte sich in seiner Sitzung mit dem Gesetz über den Bedürftigkeitsnachweis, das nächste Woche dem Unterhaus vorgelegt werden soll. Das Ziel des Gesetzes ist, die Unterschiede und Anomalien in der Anwendung des Nachweises durch die verschiedenen Behörden zu beseitigen, die vielfach Grund zu Unzufriedenheiten gegeben haben. Dem Unterhaus wird gleichzeitig der mit großer Spannung erwartete Bericht der Arbeitslosenversicherungskommission vorgelegt werden.

Die Eingabe der englischen Arbeitslosen polizeilich beschlagnahmt

Eine Abordnung der Arbeitslosen wollte eine Petition mit etwa einer Million Unterschriften dem Unterhause vorlegen. Da dieser Plan wegen der polizeilichen Absperrungsmaßnahmen nicht ausgeführt werden konnte, wurde die Petition noch in der Gepäckaufbewahrungsstelle des Londoner Hauptbahnhofs abgegeben. Als Teilnehmer an dem „Hungermarsch" die Eingabe abholen wollten, wurde ihnen mitgeteilt, daß das Schriftstück von der Polizei inzwischen beschlagnahmt worden sei.

Einschränkung der Vieheinfuhr?

Bei den konservativen Unterhausmitgliedern herrscht große Sorge wegen der schwierigen Lage der britischen Viehzucht, die, wie einige Ma... sagen, infolge des katastrophalen Preissturzes vor dem Bankerott stehe. Es wird berichtet, daß das Kabinett nach wie vor unbedingt gegen die Einführung eines Fleischzolles sei. Dafür werde aber die Möglichkeit geprüft, durch Vereinbarungen mit den Dominions und vielleicht auch mit der argentinischen Regierung eine zeitweilige, aber beträchtliche Einschränkung der Einfuhr von lebendem Vieh und Gefrierfleisch zustande zu bringen.

Englands Finanzsekretär vergleicht moralische und gesetzliche Verpflichtungen

Das Unterhaus lehnte mehrere zu der Gesetzesvorlage über die Ottawa-Abkommen eingebrachte Abänderungsanträge ab. Im Verlauf der Debatte hierüber erklärte der Finanzsekretär im Schatzamt, **Hoare Belisha**, die Gesetzesvorlage nehme durchaus nicht dem Parlament das Recht, irgendeinen Zoll herabzusetzen. Auch sei in dem Gesetz keine Bestimmung enthalten, durch die die Gültigkeit der Ottawa-Abkommen für fünf Jahre festgelegt würde. Einige Minister hätten die Ottawa-Abkommen unterzeichnet und seien infolgedessen wohl moralisch, aber nicht gesetzlich verpflichtet, die Abmachungen zur Durchführung zu bringen. Dem Parlament, das souverän sei, könne keine gesetzliche Verpflichtung aufgezwungen werden. Wenn die Gesetzesvorlage angenommen werde, so könne sie von einem neugewählten Parlament wieder außer Kraft gesetzt werden.

Hoare Belisha fügte hinzu, eine Regierung könnte beispielsweise einer Abrüstungskonvention beitreten. Dies würde dann für ihre Nachfolger wohl moralisch, aber nicht gesetzlich verpflichtend sein.

Rundfunkrede des Reichskanzlers

Reichskanzler von Papen spricht am Freitag, 4. November, von 20 bis 20,15 Uhr im deutschen Rundfunk über alle Sender zur Lage.

Gertrud Bindernagel gestorben

Aus Berlin, 2. Novbr., wird berichtet: Die Opernsängerin Gertrud Bindernagel, die, wie erinnerlich, vor kurzem von ihrem Manne, dem Bankier Hintze, nach einer Aufführung in der Städtischen Oper in Berlin durch einen Revolverschuß schwer verletzt worden war, ist heute nachmittag um 2,30 Uhr im Krankenhaus an Embolie gestorben.

Wieder ein Südamerika-Flug des „Graf Zeppelin" vollendet

Zwischenlandung in Sevilla

Das Luftschiff „Graf Zeppelin" hat in Sevilla am 2. Nov. um 17.10 Uhr MEZ eine Zwischenlandung vorgenommen. Die Landung vollzog sich unter lebhaften Hochrufen auf Deutschland und Spanien. Musik spielte die deutsche Nationalhymne. 10 000 Menschen waren zur Stelle. Der Adjutant des Kriegsministers Azana, Oberstleutnant Herrera, und der Stadtverordnetenvorsteher von Sevilla, Casas, gingen an Bord des Luftschiffes, um die Fahrt bis Friedrichshafen mitzumachen. Nach 20 Minuten Aufenthalt setzte „Graf Zeppelin" seine Fahrt fort.

Am 3. Nov. um 15 Uhr ist das Luftschiff

in Friedrichshafen gelandet.

An Bord befanden sich 21 Passagiere. Die Führung hatte Kapitän Lehmann.

Flugzeug-Unglücke

Zu dem Unglück im Spessart

wird gemeldet, daß der Bericht der technischen Sachverständigen, die an der Unfallstätte weilen, nicht vor Freitag abend zu erwarten ist. Auch die Aufstellung des amtlichen Protokolls über die Ursachen des Unglücks ist ziemlich schwierig.

Im Schneesturm abgestürzt

Das Leichtflugzeug 1673, mit dem der Pilot Morzik 1930 den Europaflug gewann, wurde bei Oberankenreuten von einem heftigen Schneesturm an einen Fabrikschornstein geschleudert und stürzte aus beträchtlicher Höhe ab. Die rechte Tragfläche ging vollständig in Trümmer, die Steuerung wurde zertrümmert und der Motor aus der Maschine gerissen. Der Flugzeugführer Pummer aus München erlitt, ebenso wie sein Fahrgast Pfitzer, außer einer Gehirnerschütterung schwere andere Verletzungen. Die Maschine, die das nationalsozialistische SA.-Zeichen trug, war zu einem Werbeflug nach Friedrichshafen eingesetzt, auf dem Rückfluge nach München ereignete sich das Unglück.

Letzte Drahtnachrichten

Entscheidung über die Kontingentierung nicht mehr in dieser Woche

Der Zeitpunkt der Entscheidung über die Kontingentsfrage steht noch nicht fest. In unterrichteten Kreisen rechnet man aber nicht damit, daß sie noch in dieser Woche erfolgt. Diese Auffassung wird gestützt durch die auch in dem amtlichen Bericht unterstrichene Reichhaltigkeit des Materials, das die Verhandlungen der Kontingentierungskommission ergeben haben und das erst gesichtet und bearbeitet werden muß.

Der Schiedsspruch für den Berliner Verkehr verbindlich

Aus Berlin, 3. Nov., wird berichtet: Der von den Vertretern der Arbeitgeber zur Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches angerufene Schlichter für den Bezirk Brandenburg hat nach fast zweistündiger Sitzung den Schiedsspruch für verbindlich erklärt, weil die gesetzlichen Voraussetzungen vorlägen. Die im Schiedsspruch vorgeschlagene Regelung entspreche daher bei gerechter Abwägung der Interessen beider Vertragsteile der Billigkeit.

Notbegräbnis für einen im Schmelzofen Verunglückten

Auf dem katholischen Friedhof in Alstaden fand eine Beerdigungsfeier statt, wie sie in ihrer Art wohl noch nicht vorgekommen ist. Wie berichtet, war am Sonntag der Vorarbeiter Peter Bormann bei Reparaturarbeiten in einen Hochofen der Friedrich-Wilhelm-Hütte gestürzt. Bei dem Abstich des Hochofens am Sonntag ließ nun die Werksleitung einen kleinen Block mit dem Namen und Todestag des Verunglückten anfertigen und in einen Sarg legen, damit die Möglichkeit bestand, dem Toten ein kirchliches Begräbnis zu geben. Dieses fand in würdiger Form im Beisein der Geistlichkeit statt.

Noch keine Spur von dem Kölner Doppelmörder

Aus Köln, 3. Nov., wird gemeldet: Trotz der fieberhaften Bemühungen der Mordkommission und Beamten der Ueberwachungsstelle der Oberpostdirektion ist es noch nicht gelungen, Licht in die schwere Mordtat zu bringen, deren Scheußlichkeit selbst nicht hinter dem wohldurchdachten Mord an dem Ehrenfelder Arzt Dr. Rubensohn zurücksteht. Außer der nicht zuverlässigen Beschreibung der Hausbewohner hat man keine Anhaltspunkte über die Persönlichkeit des Täters. Ob der aufgefundene Postabschnitt, den mitzunehmen der Mörder in der Aufregung vergessen hat, die Ermittlungen derart fördern kann, daß sich Anhaltspunkte für eine Spur ergeben, läßt sich noch nicht übersehen. Stündlich melden sich auf Grund der Veröffentlichung des Postabschnittes in den Tageszeitungen bei der Mordkommission Leute, die Angaben machen. Die Frage nach einem stärkeren Schutz der Geldbesteller bewegt natürlich stark die Oeffentlichkeit. Es wird die Meinung vertreten, daß die bisherige Bewaffnung der Beamten mit einem Schlagring und einem sogenannten Totschläger in der heutigen unsicheren Zeit völlig unzureichend sei. Die Forderung nach Ausstattung der Geldbesteller mit Pistolen wird allenthalben erhoben. Beachtung verdient dagegen der Vorschlag, ähnlich wie in Bayern die Geldzustellungen überhaupt aufzugeben, so daß alle Geldsendungen bei den zuständigen Postanstalten abgeholt werden müßten. Der Plan der Einführung des geldlosen Geldbriefträgers wird, wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, von seiten der Kölner Oberpostdirektion wärmstens befürwortet. Die Entscheidung in dieser Angelegenheit müßte jedoch dem Reichspostministerium vorbehalten bleiben. Es sei möglich, daß die Kölner Vorfälle den Anstoß zu einer Verwirklichung dieses Vorschlages geben.

*

In der vergangenen Woche ist in Lüttich (Belgien) ein Raubüberfall auf einen Schuster verübt worden, der, wenn auch der Ueberfallene in diesem Falle nur angeschossen wurde, sich in der Art seiner Ausführung ziemlich mit dem in Köln verübten Verbrechen deckt. Bei dem Lütticher Fall fielen dem Verbrecher 30 000 Goldfranken in die Hände. Das auf den belgischen Fall gegebene Signalement des Täters trifft bis in alle Einzelheiten auf das Signalement des Mörders vom Rudolfplatz in Köln zu.

Pelz-Neuheiten in allen Fellarten.

Große Auswahl in

August Pier,

Brüderstr., Ecke Sandwelle.

Rollkragen, Füchsen, Würgern, jetzt besonders billig.

Oeffentliche Wahlversammlung

Freitag, den 4. Nov. 20 Uhr im Central-Hotel.

Redner: Rektor Fitzke - Herne.

Thema:

Die politische Stellung der D. V. P.

DER VORSTAND.

Freiwillige-Versteigerung

Samstag, den 5. November, setze ich um 14 Uhr in der Gastwirtschaft Bühner, Landbundhaus den Verkauf der

Damenmäntel und Kleider

fort und versteigere anschließend zwangsweise:

Herren- und Damenhüte, Herrenmützen, Kinderschuhe, Gr. 18 bis 21, Pantoffeln, Kerzen, Heftzwecken, Zahnbürsten, Fensterleder u. a. m.

öffentlich meistbietend gegen sofortige Zahlung.

Elliger, Obergerichtsvollzieher.

Tannenbergbund e. V.

Kampfgruppe Soest.

Samstag, den 5. November 1932, abends um 8.15 Uhr in Soest Westfälischer Hof Wipker.

Sprechabend mit Gästen.

Allgemeine Aussprache über weltanschauliche, politische u. wirtschaftliche Fragen.

Der Eintritt ist frei.

G. D. A.

Sonnabend, 5. Nov., 20½ Uhr

Monatsversammlung

Bundesvorstandsmitglied E. Fromhold spricht über:

Wirtschaftsreform u. Wirtschaftsnot.

Denken Sie an . . . . . .

rechtzeitige Auslegung von

Fußmatten

schon von 45 Pfg. an

Franz KERSTIN.

Die beliebten Tabake:

für Pfeife u. Mutze

Astos Pastoren ½ Pfd. 75 Pfg.

Astos Jäger ½ Pfd. 1 Mark

Amerikanischer ½ Pfd. 1,25 Mark

(besonders preiswert)

Nur allein bei:

Adolf Storck

Brüderstr. 5

Habe drei

Zuckerrübenanteile

abzugeben. Schriftl. Meldungen unt. 5705 an die Gesch.

Geldbörse mit Inhalt verloren.

Zurückgabe geg. Finderlohn an **Domp Münster, Ludgeristr. 90 erbet.**

Ia Kommisbrot

gut für Magen- u. Zuckerkranke ärztlich empfohlen

Franz Hohoff,

Leckgadum 37 Tel. 931

Der Wahn ist kurz

wenn Sie ein billiges, schlechtes Wachs kaufen, eine ganze Dose für ein einziges Zimmer verschmieren und schon am nächsten Tag keinen Glanz mehr haben. — Ganz anders mit Kinessa-Bohnerwachs. Eine Pfunddose gibt 5 bis 6 Zimmern (ca. 80 qm) mühelos trittfesten Spiegelglanz, der wochen- u. monatelang hält und außerdem naß wischbar ist. Die wirklich sparsame Hausfrau verwendet daher nur noch

KINESSA BOHNER-WACHS

G. H. Behlmer Jakobistr. 2 u. Rathausstr. 10
H. W. Oberwinter hinterm Rathaus,
Franz Kerstin, Eisenwaren-Großhandlung.

Lichtburg Soest.

Die angenehmste und preiswerteste Unterhaltungsstätte für Jedermann!

Spielplan ab Heute bis nur einschl. Montag:

I.

Der spannende Kriminal-Tonfilm:



mit Dorothea Wieck — Gustav Gründgens — Gust. Diessl — Tibor v. Halmay — Oskar Sima in den Hauptrollen.

Geheimnisvoll ist dieser sensationelle Kriminalfall.

Für humoristische Abwechselung sorgt der 2. Tonfilm.

Hurra ein Junge

mit Max Adalbert — Ralph A. Roberts — Fritz Schulz Ida Wüst.

Ufa-Tonwoche.

Der Spielplan kann nur bis einschl. Montag gezeigt werden, da wegen der Kirmes ab Dienstag bis Donnerstag ein neuer Spielplan eingesetzt wird!

Zur gefl. Beachtung!

Durch Erhöhung der Filmleihmieten (die Film-Verleiher sind an d. Einnahmen prozentual beteiligt) sind wir genötigt für die Winterspielzeit Gutscheine nicht mehr auszugeben!

Die im Umlauf befindlichen Gutscheine werden an der Kasse an Werktagen und Sonntags für die 1. Vorstellung in Zahlung genommen:



Statt besonderer Anzeige.

Schlummere sanft Du gute Mutter
Da Du uns so sehr geliebt
Du wirst uns ja wohl verzeihen
Wenn wir haben Dich betrübt
Manchen Tag und manche Nacht
Hast Du in Sorgen zugebracht
Da nun sanft Dein Auge bricht
Doch vergessen wir Dich nicht.

Nach Gottes heiligem Willen entschlief heute sanft und gottergeben unsere liebe treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Witwe Bartholomäus Reinartz

Maria geb. Henning

nach langer, mit großer Geduld ertragenem Leiden, gestärkt durch den Empfang der heiligen Sterbesakramente, im Alter von 79 Jahren.

Um ein frommes Gebet für die liebe Verstorbene bitten:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Soest, Herringen, Aplerbeck, Dortmund, Langendreer und Aachen, den 2. November 1932.

Die Beerdigung findet Samstag, den 5. November, nachmittags 15 Uhr, vom Trauerhause, Wippgasse 3 aus statt.

Das Seelenamt ist am gleichen Tage morgens 8 Uhr.

Sauerkrautfässer

aus festem braunen Steinzeug von 30 bis 100 Liter Inhalt bei

Oberwinter

hinterm Rathaus.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unserer lieben, unvergeßlichen, Mutter sagen wir allen unseren

innigsten Dank.

Geschwister Oppermann.

Soest, im November 1932.

Jg. Terrier

entlaufen.

Wiederbr. Belohnung.

Schützenhof.

Gasthof „Zur Börde"

Inh.: Heinr. Schulze.

Vom 5. bis 13. November 1932

Gastspiel - Gerdi - Trio.

Henny die temperamentvolle Geigerin.

Willy der ewig lächelnde Pianist.

Gerd die humorvolle Stimmungskanone am Jazz.

Suppenhühner, Hasen

auch zerlegt

A. Klee

Abtlg.: Kolonialwaren und Feinkost.

Tel. 22.

Bekanntmachung.

Krammarkt

von Mittwoch, den 9. November, bis Sonntag, den 13. November, **Rindviehvormarkt** am Mittwoch, dem 9. November, **Pferde-, Rindvieh-, Schweine- und Schafmarkt** am Donnerstag, dem 10. November 1932 in Soest.

Die Reichsbahn, die Westfälische Landeseisenbahn und die Ruhr-Lippe-Kleinbahnen geben Sonntagsrückfahrkarten nach Soest aus. Die Postkraftwagen und die Kraftwagen der Ruhr-Lippe-Kleinbahnen fahren zu verbilligten Preisen.

Soest, den 29. Oktober 1932.

Der Magistrat.

Muskator in Original Packungen

jetzt fast ebenso billig wie lose.

Nur noch ⅓ Pfennig „Mehr"-Kosten pro Pfund geben Ihnen beim Einkauf von zugenähten 5 Pfd. und 10 Pfd. Original-Beuteln volle Garantie für echtes Muskator.

Und diese Garantie müssen Sie haben, denn es wird weit mehr Muskator verkauft als wir herstellen. Aber mit minderwertigem Geflügelfutter, das Ihnen als das anerkannt gute Muskator verkauft wird, können Sie keine Erfolge erzielen.

Deshalb nur zugenähte Original-Packungen mit Hahnenkopf, Namenszug und Etikett.

Muskator

Das Geflügelfutter in richtiger Zusammensetzung

Bergisches Kraftfutterwerk G.m.b.H. Düsseldorf-Hafen

Es lohnt sich bestimmt

Ihre Schuhreparaturen in der Schuhklinik vornehmen zu lassen. Die Haltbarkeit der Sohlen verbilligt die Reparatur. Es kommt nur Ia. Qualitäts Leder und Continental Absätze zur Verarbeitung.

Schuhklinik Niehaus

nur Osthofenstr. 4 Ecke Kolkstr.

Ein angenehmer Warteraum steht Ihnen zur Verfügung

Zwangsversteigerung

Samstag, den 5. November, versteigere ich um 10,30 Uhr in meinem Pfandlokal, Pollhofstraße:

1 Lieferwagen, 1 Traktor, 1 Klavier, 1 Flurgarderobe, 6 Bände „Die gute Küche", 6 Bände: Romane, Kinderschuhe (Gr. 18 bis 21), elektr. Lampen, Radioapparate u. a. m.

öffentlich meistbietend gegen sofortige Zahlung.

Elliger, Obergerichtsvollzieher.